

# Geschäftsbericht 2010





# Bericht über das 88. Geschäftsjahr 2010

Berlin und Köln

# Inhaltsverzeichnis

| Zur strategischen Ausrichtung                          | 4      |
|--|--------|
| BFS auf einen Blick                                    | 5<br>6 |
| Aufsichtsrat   |        |
| Organe   | 7      |
| Zentralbeirat  | 8      |
| Bericht des Vorstandes                                 | 10     |
| Wirtschaftliche Rahmenbedingungen                      | 10     |
| Entwicklungen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft | 15     |
| Lagebericht 2010                                       | 20     |
| Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter                | 28     |
| Entwicklung der verbundenen Unternehmen                | 31     |
| Bericht des Aufsichtsrates                             | 35     |
| Jahresbilanz zum 31. Dezember 2010                     | 40     |
| Gewinn- und Verlustrechnung 2010                       | 42     |
| Anhang 2010  | 44     |
| Bestätigungsvermerk                                    | 57     |
| Geschäftsstellen und Repräsentanzen                    | 58     |

Geschäftsbericht 2010

Zu den zentralen Anliegen der Bank für Sozial-wirtschaft AG gehört es, ihren Kunden nachhaltige Finanzierungslösungen anzubieten und langjährige Geschäftsbeziehungen zu pflegen. Während der Finanzmarktkrise haben unsere Kunden die Bank für Sozialwirtschaft AG als zuverlässigen Partner erlebt. Ihre Wertschätzung dafür hat sich durch den großen Vertrauensverlust in die Banken deutlich erhöht. Unter anderem dadurch ist die Nachfrage nach den Leistungen der Bank für Sozialwirtschaft AG so stark gestiegen, dass sie das Geschäftsjahr 2010 zum zweiten Mal in Folge mit dem besten Ergebnis ihrer 88-jährigen Geschichte abgeschlossen hat.

Vor diesem Hintergrund werden wir unsere nachhaltige Geschäftspolitik weiter verfolgen. Ziel bleibt ein qualitatives und quantitatives Wachstum im traditionellen Bankgeschäft mit Unternehmen und Organisationen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft.

Für eine weiterhin erfolgreiche Positionierung als Spezialkreditinstitut sehen wir sehr gute Perspektiven: Unsere Zielbranchen aus der Sozial- und Gesundheitswirtschaft gelten vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung als Wachstumsmärkte.

Die Wachstumschancen sind jedoch an Bedingungen geknüpft, die wir eng im Auge behalten müssen. So bringt das hohe Maß an öffentlicher Regulierung und der hohe Anteil an Transfer- und Versicherungsleistungen eine große Abhängigkeit von der Finanzlage der öffentlichen Haushalte und der Sozialversicherungen mit sich.

Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte und der zu erwartende Umbau der Sozialen Sicherungssysteme werden für die Sozial- und Gesundheitswirtschaft eine wachsende Inanspruchnahme von Geldern des Banken- und Finanzmarktes und der privaten Haushalte nach sich ziehen.

Um diese Entwicklungen als Chance für das weitere Wachstum der Bank für Sozialwirtschaft AG nutzen zu können, werden wir unsere Maßnahmen zur differenzierten Einschätzung der Zukunftsfähigkeit von Investitionsvorhaben weiter ausbauen. Denn zu unserem Erfolg gehört, dass wir in allen Geschäftsbereichen nur begrenzte Risiken zulassen. Bereits in den letzten Jahren konnten wir eine zunehmende Zahl von Kunden davon überzeugen, dass eine solide Risikobewertung ihren eigenen Interessen ebenso entgegenkommt wie unseren. Um die Markteinschätzungskompetenz unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verbessern, werden diese regelmäßig zu den aktuellen finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen in den einzelnen Segmenten der Sozial- und Gesundheitswirtschaft informiert und geschult.

Zugleich entwickelt die Bank für Sozialwirtschaft AG innovative Angebote für neue Anforderungen der Kunden aus der Sozial- und Gesundheitswirtschaft. Dazu gehört Mezzanine-Kapital für sozialwirtschaftliche Unternehmen ebenso wie die Übernahme von Vorfinanzierungs- und Abrechnungsleistungen, leistungsfähige Online-Spendentools ebenso wie der Ausbau einer an Nachhaltigkeitsaspekten orientierten Vermögensverwaltung.

Weitere Schwerpunkte sind die kontinuierliche Verbesserung der informationstechnologischen Arbeitsbasis für die weitere Geschäftsausweitung sowie die effiziente Umsetzung der regulatorischen Anforderungen an die Banken, deren Umfang und Komplexität in Folge der Finanzmarktkrise erheblich zugenommen haben.

In welchen Feldern wir 2010 aktiv waren und wo wir für 2011 Initiativen gestartet haben, um unsere Position als Partner der Sozial- und Gesundheitswirtschaft auszubauen, berichten wir Ihnen auf den folgenden Seiten.

Der Vorstand

|   | 31.12.2010<br>Mio. EUR | 31.12.2009<br>Mio. EUR | Veränderung<br>in Mio. EUR | Veränderung<br>in % |
|---|------------------------|------------------------|----------------------------|---------------------|
| Bilanzsumme                               | 6.037,5                | 5.766,0                | 271,5                      | 4,7 %               |
| Eigengeschäft                             | 5.862,5                | 5.594,1                | 268,4                      | 4,8 %               |
| gezeichnetes Kapital und offene Rücklagen | 217,7                  | 173,3                  | 44,4                       | 25,6 %              |
| Forderungen an Kreditinstitute            | 31,5                   | 31,6                   | -0,1                       | -0,3 %              |
| Wertpapiere                               | 2.153,7                | 2.547,5                | -393,8                     | -15,5 %             |
| Forderungen an Kunden                     | 3.478,4                | 2.928,7                | 549,7                      | 18,8 %              |
| Treuhandkredite                           | 175,0                  | 171,9                  | 3,1                        | 1,8 %               |
| Einlagen von Kreditinstituten             | 1.842,6                | 1.763,7                | 78,9                       | 4,5 %               |
| Einlagen von Kunden                       | 3.592,9                | 3.448,4                | 144,5                      | 4,2 %               |
| • täglich fällig                          | 2.425,1                | 2.162,6                | 262,5                      | 12,1 %              |
| • Festgelder                              | 1.107,0                | 1.230,6                | -123,6                     | -10,1 %             |
| davon Sparbriefe                          | 31,6                   | 26,6                   | 5,0                        | 18,8 %              |
| • Spareinlagen                            | 60,8                   | 55,3                   | 5,5                        | 9,9 %               |
| Zinsüberschuss                            | 117,6                  | 103,9                  | 13,7                       | 13,2 %              |
| Provisionsergebnis                        | 3,9                    | 4,6                    | -0,7                       | -15,2 %             |
| Betrieblicher Aufwand                     | -50,0                  | -46,1                  | -3,9                       | 8,5 %               |
| Betriebsergebnis                          | 76,9                   | 66,3                   | 10,6                       | 16,0 %              |
| Jahresüberschuss                          | 52,4                   | 51,4                   | 1,0                        | 1,8 %               |
|   |                        |                        |                            |                     |

Geschäftsbericht 2010

#### Wolfgang Altenbernd

Geschäftsführer, AWO – Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Westliches Westfalen e. V., Dortmund

# Christian Graf von Bassewitz

Bankier i. R. (Persönlich haftender Gesellschafter des Bankhauses Lampe KG), Düsseldorf

#### Dr. Robert Batkiewicz

Stiftungsdirektor, Caritas Stiftung Deutschland, Köln (Vorsitzender des Aufsichtsrates seit 18. Juni 2010)

#### Dr. Matthias Berger

Wirtschaftsprüfer | Steuerberater, Dr. Weh und Kollegen, Vorsitzender der Finanzkommission des Deutschen Caristasverbandes e.V., Waldshut-Tiengen

#### Rainer Brückers

Geschäftsführer und Bundesvorstandsmitglied i. R. (AWO – Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V.), Berlin (Mitglied bis 18. Juni 2010)

# Pfarrer Klaus-Dieter Kottnik

Präsident a. D. (Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e. V.), Berlin

#### Hans-Peter Niemeier

Mitglied des Vorstandes, AWO-Arbeiterwohlfahrt – Bundesverband e. V., Wirtschaft und Finanzen, Berlin (Mitglied seit 18. Juni 2010)

#### Niko Roth

Finanz- und Personalvorstand, Deutscher Caritasverband e. V., Freiburg

# Dr. Ulrich Schneider

Hauptgeschäftsführer, Der PARITÄTISCHE Gesamtverband e. V., Berlin

#### **Berthold Simons**

Kaufmännischer Direktor i. R. (DRK-Krankenhaus GmbH), Berlin

#### Dr. Wolfgang Teske

Vizepräsident, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e. V., Stuttgart (Vorsitzender des Aufsichtsrates bis 18. Juni 2010)

#### Michael Warman

Stellv. Vorsitzender, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V., Frankfurt am Main (Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates)

#### Professor Dr. Manfred Willms

Bundesschatzmeister a. D. (Deutsches Rotes Kreuz e. V., Generalsekretariat, Berlin), Kronshagen Organe

#### Vorstand

Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt, Vorsitzender, Köln

Dietmar Krüger, Köln

Prof. Dr. Arnd Verleger, Köln (bis 31. Dezember 2010)

#### Generalbevollmächtigte

Thomas Kahleis, Köln
Oliver Luckner, Köln (seit 01. September 2010)

#### Prokuristen und Direktoren

Bernd Bauer, Direktor Informationstechnologie, Köln Hartmut Biering, Direktor Kreditwesen, Köln Norbert Küsgen, Direktor der Geschäftsstelle Köln Wolfgang Roßmar, Direktor Unternehmenssteuerung, Köln Wiegand Runge, Abteilungsdirektor Treasury, Köln

# Geschäftsstellenleiter

Andreas Belzner, Direktor der Geschäftsstelle Karlsruhe
Thomas Dettweiler, Direktor der Geschäftsstelle München
Ulf Hartmann, Direktor der Geschäftsstelle Mainz
Joachim Helms, Leiter der Geschäftsstelle Hannover (seit 01. September 2010),
Leiter der Geschäftsstelle Hamburg (bis 31. August 2010)
Norbert Küsgen, Direktor der Geschäftsstelle Köln
Oliver Luckner, Direktor der Geschäftsstelle Hannover (bis 31. August 2010)
Enrico Meier, Direktor der Geschäftsstelle Magdeburg
Thomas Nitzschner, Leiter der Geschäftsstelle Dresden (seit 01. März 2010)
Matthias Ninke, Direktor der Geschäftsstelle Berlin
Jan Peper, Leiter der Geschäftsstelle Hamburg (seit 01. September 2010)
Eicke-Matthias Rost, Leiter der Geschäftsstelle Erfurt
Stephan Sperling, Direktor der Geschäftsstelle Leipzig
Alfred Vesper, Direktor der Geschäftsstelle Essen

Geschäftsbericht 2010

#### Dr. Stefan Arend

Vorstand, Kuratorium Wohnen im Alter gAG, Hauptverwaltung, Unterhaching (Mitglied seit 01. Januar 2011)

#### Manfred Boos

Bereichsleiter Finanz- und Rechnungswesen, UNICEF Deutschland, Köln (Mitglied seit 01. Januar 2011)

#### Dietmar Bühler

Vorstand, Benedict-Kreutz-Stiftung, Freiburg im Breisgau

#### Andrea Büngeler

Stellv. Landesgeschäftsführerin, Geschäftsbereich Finanzen Organisation, Der PARITÄTISCHE Nordrhein-Westfalen e. V., Wuppertal

# Armin von Butlar

Vorstand, Aktion Mensch e. V., Bonn (Mitglied seit 01. Januar 2011)

# Klaus Dahlmeyer

Geschäftsführer, AWO – Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Baden e. V., Karlsruhe

# Thomas Dane

Vorstand, Diakonisches Werk Berlin-Brandenburgschlesische Oberlausitz, Innere Mission und Hilfswerk e.V., Berlin (Mitglied bis 30. September 2010)

Vorsitzender der Geschäftsführung, Johanniter Seniorenhäuser GmbH, Berlin

# Alfons Donat

Thomas Doerr

Geschäftsführer, Maria Hilf Kranken- und Pflegegesellschaft mbH, Dernbach

# Thomas Eisenreich

Vorstand, Evangelische Stiftung Alsterdorf, Hamburg

# Willi Esser

Kaufmännischer Vorstand, Johannes Seniorendienste e. V., Bonn (Mitglied bis 31. Dezember 2010)

#### Alfred Felscher

Geschäftsführer für Finanzen und Controlling, Paracelsus-Kliniken Deutschland, Osnabrück (Mitglied seit 01. Januar 2011)

#### Franz-Heinrich Fischler

Direktor, Diözesancaritasverband für das Erzbistum Berlin e. V., Berlin

#### Dr. Gabriele Girke

Landesgeschäftsführerin, Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt, Magdeburg

#### Dr.-Ing. Herbert Günther

Geschäftsführer, DRK Gemeinnützige Krankenhaus GmbH Sachsen, DRK Krankenhaus Chemnitz-Rabenstein, Chemnitz (Mitglied seit 01. Januar 2011)

#### Michael Hack

Geschäftsführer, Arbeiterwohlfahrt, Alten-, Jugend- und Sozialhilfe gGmbH, Erfurt (Mitglied seit 01. Januar 2011)

### Manfred Kallenbach

MK Consulting, Zierenberg-Oberelsungen (Mitglied bis 31. Dezember 2010)

#### Friedhelm Kamps

Geschäftsführer, Deutsches Jugendherbergswerk, Landesverband Rheinland e. V., Düsseldorf

# Hartmut G. Knippscheer

Vorstand, Martinshof Rothenburg Diakoniewerk, Rothenburg

# Pastor Prof. Dr. Udo Krolzik

Vorstand, FAKD Führungsakademie für Kirche und Diakonie, Berlin

# Professor Dr. Dr. h.c. (mult.) Franz Peter Lang

Vorsitzender des Vorstandes, Wohnungsgenossenschaft Essen-Nord eG, Essen

# Oswald Menninger

Geschäftsführer, Der PARITÄTISCHE, Landesverband Berlin e. V., Berlin

#### Wilhelm Müller

Bundesgeschäftsführer, ASB Arbeiter-Samariter-Bund, Deutschland e. V., Köln (Mitglied bis 31. Dezember 2010)

#### Andreas Niedermeier

Sprecher der Geschäftsleitung, AWO – Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Oberbayern e. V., München

#### Hans-Peter Niemeier

Mitglied des Vorstandes, AWO – Arbeiterwohlfahrt, Bundesverband e. V., Wirtschaft und Finanzen, Berlin (Mitglied bis 18. Juni 2010)

#### Dr. Peter Olijnyk

Geschäftsführer, Arbeiterwohlfahrt Müritz e. V., Waren

# Thorsten Ostermann

Geschäftsführender Gesellschafter, OSTERMANN POTT & CIE., HEALTHCARE ADVISORS GMBH & CO. KG., Bonn

### Dipl.-Vw. Gerhard Ridderbusch

HOHENZOLLERN SIEBEN, Zentrum für Beratung & Kompetenzentwicklung GR Managementberatung, Hannover (Mitglied bis 31. Dezember 2010)

#### Cornelia Rundt

Vorstand, Der PARITÄTISCHE Niedersachsen e. V., Hannover

### Markus Schächter

Intendant, Zweites Deutsches Fernsehen, Mainz

# Bernd Scheweling

Stv. Aufsichtsratsvorsitzender, Curanum AG, München (Mitglied bis 31. Dezember 2010)

### Klaus Schilling

Geschäftsführer, MEDIGREIF Unternehmensgruppe, Greifswald

#### Schmitz, Bernd

Vorstand, Deutsches Rotes Kreuz e. V., Berlin (Mitglied seit 01. Januar 2011)

# Elfi Scho-Antwerpes

Erste Bürgermeisterin der Stadt Köln, Kreisgruppenvorsitzende, Der PARITÄTISCHE, Kreisgruppe Köln e. V., Köln

#### Paul-Werner Schöndorf

Provinzbeirat, Barmherzige Schwestern vom heiligen Kreuz, Kloster Hegne, Freiburg im Breisgau

# Werner Sigmund

Vorsitzender des Vorstandes, Internationaler Bund IB, Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungs-arbeit e. V., Frankfurt am Main (Mitglied seit 01. Januar 2011)

#### Bernhard P. Späth

Vorsitzender des Vorstandes, St. Josefshaus Herten, Rheinfelden

# Leonhard Stärk

Landesgeschäftsführer, Bayerisches Rotes Kreuz, München

# Professor Dr. Friedrich Vogelbusch

Wirtschaftsprüfer | Steuerberater, Geschäftsführer | Leiter der Zweigniederlassung Warth & Klein Wirtschaftsprüfungsgesellschaft GmbH, Dresden (Mitglied seit 01. Januar 2011)

#### Clemens Graf von Waldburg-Zeil

Vorstand, Deutsches Rotes Kreuz e. V., Berlin (Mitglied bis 31. Dezember 2010)

#### Bernd Weber

Vorsitzender des Vorstandes, Agaplesion gAG, Frankfurt am Main

# Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Volkswirtschaft legte im Jahr 2010 eine überraschend starke Wachstumsdynamik an den Tag. Mit einem Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts von 3,6 % – dem stärksten seit der Wiedervereinigung – war Deutschland sowohl im Euro-Währungsgebiet als auch unter den Ländern der G7-Staaten die Wachstumslokomotive. Ein großer Teil des wirtschaftlichen Einbruchs aus dem Winterhalbjahr 2008/2009 konnte hierdurch wieder kompensiert werden.

Die Erholung der deutschen Wirtschaft fand hauptsächlich im Frühjahr 2010 statt. Nach einer moderaten Steigerung des realen Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal von 0,6 % gegenüber dem Vorquartal, konnte im zweiten Quartal ein Rekordzuwachs von 2,2 % erzielt werden. Im dritten und vierten Quartal setzte sich der Aufschwung mit Steigerungsraten von 0,7 % und 0,4 % fort.

Ein Belastungsfaktor blieb die im vierten Jahr andauernde Finanzkrise. Im Jahr 2010 stand jedoch der eigentliche Finanzsektor weniger im Fokus des Geschehens. Vielmehr wurde das Vertrauen in die Tragfähigkeit der Staatsfinanzen einiger Länder des Euro-Raumes erschüttert.

# Außenhandel fast wieder auf Vorkrisenniveau

Wurde die stark exportabhängige deutsche Wirtschaft im Jahr 2009 noch in besonderem Maße vom Einbruch des Welthandels getroffen, so kamen 2010 kräftige Wachstumsimpulse durch die weltwirtschaftliche Erholung. Dank der weltwieten Konjunkturprogramme und der Wiederauffüllung der während der Krise geräumten Lager expandierte die Weltwirtschaft um rund 4,8 %. Dies bescherte der deutschen Exportwirtschaft ein dickes Auftragsplus.

Die rezessionsbedingten Rückgänge des Exportvolumens konnten fast vollständig wieder aufgeholt werden. So lagen die preisbereinigten Ausfuhren im dritten Quartal 2010 nur noch rund 1,5 % unter dem Höchststand von Winter 2008. Hierbei konnten die Exporte in die dynamisch wachsenden asiatischen Schwellenländer – insbesondere China – deutlich gesteigert werden. Insgesamt nahmen die Exporte preisbereinigt um 14,2 % zu. Bei den Importen wurde eine Steigerung von 13,0 % erzielt. Der daraus resultierende Außenbeitrag steuerte einen positiven Beitrag von 1,1 % zum Wachstumsergebnis bei.

#### Steigende Investitionstätigkeit in allen Bereichen

Neben dem erfolgreichen Außenhandel konnte im letzten Jahr auch die Binnennachfrage größere Zuwächse verzeichnen, wodurch die konjunkturelle Erholung an Breite gewann. Zusammen mit den Lagerinvestitionen trugen die Bruttoanlageinvestitionen einen positiven Beitrag in Höhe von 1,7 % zum Wachstum bei. Getrieben von der guten Auftragslage und den befristeten steuerlichen Erleichterungen, die Ende 2010 ausgelaufen sind, stiegen die Ausrüstungsinvestitionen real um 9,4 %. Standen bei den Unternehmen zunächst Ersatzinvestitionen im Fokus, so rückte ab der zweiten Jahreshälfte das Erweiterungsmotiv in den Vordergrund. Die Bauinvestitionen erhöhten sich real um 2,8 %. Hier wirkten sich insbesondere die staatliche Förderung der Gebäudesanierung und -modernisierung sowie das immer noch niedrige Zinsniveau im Wohnungsbau aus. Dieser konnte preisbereinigt um 4,4 % zulegen.

#### Belebung der privaten Konsumnachfrage

Im Jahresverlauf stärker werdende Impulse kamen zudem von der Konsumentenseite, deren Wachstumsbeitrag im Gesamtjahr bei 0,7 % lag. Sowohl die staatlichen Konsumausgaben (+ 2,2 %) als auch die privaten Konsumausgaben (+ 0,5 %) konnten preisbereinigt zulegen. Ab der zweiten Jahreshälfte gewannen die privaten Konsumausgaben zunehmend an Bedeutung. Haupttreiber waren die positive Arbeitsmarktentwicklung in Verbindung mit wieder steigenden verfügbaren





Einkommen, welche sich nach einem Rückgang im Jahr 2009 nominal um 2,6 % erhöhten.

Die Verbraucherpreise haben mit einer jahresdurchschnittlichen Zuwachsrate von 1,1 % im Gefolge des Aufschwungs moderat angezogen. Bedingt war dieser Anstieg vor allen Dingen durch deutliche Preiserhöhungen bei Energie (+ 5,0 %) und Nahrungsmitteln (+ 3,4 %).

#### Positive Entwicklung am Arbeitsmarkt hält an

Der Arbeitsmarkt hat von der dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung deutlich profitiert. Sowohl die Zahl der Erwerbstätigen als auch die der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nahm signifikant zu. Dabei erreichte die Zahl der Erwerbstätigen mit einem Jahresdurchschnitt von 40,5 Millionen einen neuen Höchststand. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung lag im November 2010 nach einer Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit um rund 550.000 über dem Vorjahresniveau. Anders als in den Vorjahren wurden seit dem Frühjahr neben Teilzeitstellen auch vermehrt Vollzeitstellen geschaffen. Die Arbeitslosenzahl lag im Jahresdurchschnitt bei 3,24 Millionen (Arbeitslosenquote: 7,7 %) und damit auf dem niedrigsten Stand seit 1993.

Wie schon in den Jahren zuvor nahm die Beschäftigung insbesondere in den Bereichen "Bildung und Erziehung" sowie "Gesundheits- und Sozialwesen" stark zu. Allein die Anzahl der sozialversi-

cherungspflichtig Beschäftigten im Gesundheitsund Sozialwesen konnte im Zeitraum November 2009 bis November 2010 um rund 122.000 auf 3,58 Millionen gesteigert werden.

#### Öffentliche Haushalte unter Konsolidierungsdruck

In den Haushalten von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen haben sich die Folgen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise erneut bemerkbar gemacht. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wiesen die öffentlichen Haushalte nach 72,7 Mrd. EUR im Vorjahr im Jahr 2010 ein Defizit von 82,0 Mrd. EUR auf. Gemessen am nominalen Bruttoinlandsprodukt ergibt sich eine Defizitquote von 3,3 %. Damit wurde der im Maastricht-Vertrag festgelegte Referenzwert von 3 % in 2010 erstmals seit fünf Jahren wieder überschritten.¹ Aufgrund des unerwartet starken gesamtwirtschaftlichen Wachstums hat sich die Lage jedoch weniger stark als erwartet verschlechtert.

Infolge umfangreicher Steuersenkungen sowie der staatlichen Stützungsmaßnahmen zugunsten bestimmter Kreditinstitute stieg das Finanzierungsdefizit des Bundes von 39,2 Mrd. EUR in 2009 auf 57,9 Mrd. EUR in 2010 am deutlichsten an.

in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, Quelle: Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Inlandsproduktberechnung – Detaillierte Jahresergebnisse, Stand: 16.03.2011





Die Länder erhöhten ihr Defizit um 1,0 Mrd. EUR auf 17,2 Mrd. EUR. Der Finanzierungssaldo der Gemeinden verschlechterte sich auf 10,0 Mrd. EUR. Die günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt bescherte den Sozialversicherungen hingegen nach einem Defizit von 13,3 Mrd. EUR im Jahr 2009 für das Jahr 2010 einen Überschuss von 3,0 Mrd. EUR.<sup>2</sup>

Bedingt durch die hohen Defizite sowie die in Geschäftsbetrieb gegangenen Bad Banks kam es zu dem stärksten absoluten Anstieg der Verbindlichkeiten der öffentlichen Haushalte an den Kreditund Kapitalmärkten seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Die Gesamtverschuldung lag am 31. Dezember 2010 bei rund 1.998,8 Mrd. EUR. Gegenüber dem 31. Dezember 2009 entspricht dies einer Steigerung von 304,4 Mrd. EUR bzw. rund 18,0 %.3

# Europäische Schuldenkrise bedroht Finanzsystem

Im Frühjahr 2010 gerieten einige europäische Staaten, die so genannten GIPS-Staaten (Griechenland, Irland, Portugal und Spanien), aufgrund von Zweifeln an der Tragfähigkeit ihrer Haushalte in eine akute Vertrauenskrise. Dadurch wurde die Stabilität und Funktionsfähigkeit des europäischen Finanzsystems und der Währungsunion als Ganzes akut bedroht.

Ein drastischer Anstieg der Risikoaversion der Investoren führte zu einem erheblich erschwerten Kapitalmarktzugang der betroffenen Länder. Auch die Refinanzierung vieler Finanzinstitute aus den betroffenen Ländern wurde erheblich erschwert. Aufgrund von mangelndem Vertrauen und Besorgnissen um Gegenparteirisiken konnten sich diese kaum unbesicherte Liquidität am Interbankenmarkt beschaffen.

Die Ausbreitung der Krise auf weitere Länder innerhalb der Eurozone konnte nur durch massive Stützungsmaßnahmen seitens der Regierungen, der Europäischen Zentralbank (EZB) und des Internationalen Währungsfonds (IWF) verhindert werden. Hierzu zählten u. a. ein im März vereinbartes Hilfspaket für Griechenland in Höhe von 110 Mrd. EUR und der im Mai eingerichtete Rettungsschirm mit einem Volumen von 750 Mrd. EUR. Dieser musste erstmals am Jahresende zur Unterstützung Irlands eingesetzt werden.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, Quelle: Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Inlandsproduktberechnung – Detaillierte Jahresergebnisse Stand 16.03.2011

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> in der Abgrenzung der Finanzstatistik, Quelle: Statistisches Bundesamt. Pressemitteilung Nr. 69 vom 21.02.2011



#### EZB vertagt Exit aus der expansiven Geldpolitik

Wie im Jahr zuvor angekündigt, begann die EZB Anfang des Jahres 2010 mit der sukzessiven Reduzierung der geldpolitischen Sondermaßnahmen. Die Zuspitzung der Schuldenkrise im Mai 2010 zwang die EZB jedoch zum Verlassen des eingeschlagenen Kurses.

Neben einer Rückkehr zur Vollzuteilung bei den dreimonatigen Tenderoperationen rückte die EZB von den eigenen Grundsätzen ab und kaufte erstmals in ihrer Geschichte Anleihen von Griechenland und den anderen GIPS-Staaten, um die Funktionalität der Märkte zu erhalten. Der Leitzins wurde im gesamten Jahresverlauf, auch aufgrund einer nur moderat anziehenden Konjunktur und geringen Inflationsrisiken in der Eurozone, auf dem historisch niedrigen Niveau von 1,0 % belassen.

# Bankensektor in Deutschland stabilisiert sich

Das deutsche Bankensystem zeichnete sich im letzten Jahr durch eine verbesserte Konstitution aus. Die Risikolage hat sich aufgrund von gesunkenen Marktrisiken in den Handelsportfolios sowie sich stabilisierenden Kreditrisiken im Inland entspannt. Gleichzeitig hat die Risikotragfähigkeit zugenommen. Die Kapitalausstattung konnte erhöht und qualitativ verbessert werden. Durch den Rückgang der Wertberichtigungen, die einsetzende Erholung an den internationalen Finanzmärkten sowie weiterhin günstige Refinanzierungsbedingungen hat sich zudem die Ertragslage der Banken insgesamt verbessert. Dies trug auch dazu bei, dass die zeitweise befürchtete Kreditklemme nicht eingetreten ist.

Die Verfasstheit auf Einzelinstitutsebene war jedoch sehr heterogen. Insbesondere bei Banken, die sich aufgrund der hohen eingegangen Risiken in einem Restrukturierungsprozess befanden, ent-

wickelten sich die Erträge unterdurchschnittlich. Andere Banken, wie beispielsweise die Bank für Sozialwirtschaft AG, deren Geschäftsmodelle auf relativ stabile Erträge ausgerichtet sind, konnten ihre Ertragslage hingegen weiter verbessern und ihre Kapitaldecke ausbauen.

# Entwicklungen an den Renten- und Aktienmärkten

Die Rentenmärkte waren infolge der Schuldenkrise seit dem Frühjahr 2010 durch eine hohe Volatilität und ein ausgeprägtes Sicherheitsbewusstsein gekennzeichnet. Profitiert von der Nervosität und Unsicherheit der Investoren haben insbesondere die als sicher geltenden Bundesanleihen. Die Renditen zehnjähriger Staatsanleihen aus Deutschland fielen nach 3,38 % zu Jahresbeginn auf einen historischen Tiefstand von 2,09 % im August und lagen zum Jahresultimo bei 2,96 %. Über das Gesamtjahr 2010 hinweg reduzierte sich damit die Rendite um 42 Basispunkte. Anleihen der finanzschwachen Euro-Staaten wurden hingegen gemieden. Enorme Risikoaufschläge aufgrund der herrschenden Unsicherheit und der teils kräftigen Herabstufungen durch die Ratingagenturen trieben die Renditen der Papiere deutlich in die Höhe.

Die Kurse der wichtigsten Aktienmärkte wurden zu Beginn des Berichtsjahres von der Furcht des Übergreifens der Schuldenkrise auf den Finanzsektor belastet. Erst durch die Implementierung des Rettungsschirms für die in Finanznot geratenen Staaten kam es zu einer Beruhigung der Lage. Im letzten Quartal 2010 konnte sich der Deutsche Aktienindex vom Verlauf der Schuldenkrise und den Entwicklungen anderer europäischer Aktienmärkte abkoppeln und bis zum Jahresultimo auf 6.914 Punkte ansteigen. Zentraler Antrieb hierfür waren überraschend gute Konjunkturdaten aus Deutschland sowie positive Impulse aus Amerika. Insgesamt stieg der DAX im Jahr 2010 um 16,1%,

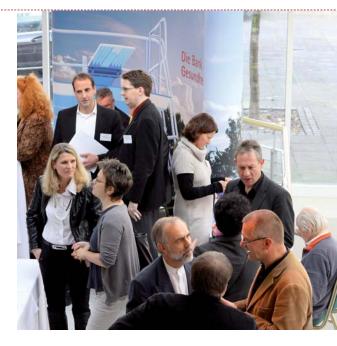
womit er ein deutlich stärkeres Kurswachstum aufwies als der amerikanische Aktienindex Dow Jones (+ 11,0 %). Auch die meisten europäischen Aktienmärkte konnten dem DAX nicht folgen. So beendete der EuroStoxx 50 Index das Jahr mit einem Minus von 5,8 %.

#### Euro im Zeichen der Schuldenkrise

Der Euro wurde von der Schuldenkrise schwer belastet. Im Zuge der akuten Spekulationen um die marode Haushaltslage der Euro-Peripheriestaaten sowie um die Zukunft der gesamten Währungsunion, verlor der Euro gegenüber dem US-Dollar deutlich an Wert. Anfang Juni 2010 erreichte der Euro-Dollar Kurs mit 1,19 US-Dollar den tiefsten Stand seit vier Jahren. Erst mit der Einigung der EU auf einen Rettungsschirm im Mai 2010 setzte im Jahresverlauf eine deutlich Erholung ein, die jedoch im Zuge der Finanzprobleme in Irland im November 2010 ein jähes Ende fand. Zum Jahresultimo lag der Euro-Dollar Kurs bei 1,336 US-Dollar und damit rund 10 US-Cent unter dem Vorjahresniveau.

#### Ausblick

Der konjunkturelle Aufschwung in Deutschland dürfte sich im Jahr 2011 fortsetzen. Allerdings wird die Dynamik nachlassen. So werden sich die enormen Steigerungsraten in der Exportnachfrage nicht fortsetzen lassen, da sich die Expansion des Welthandels spürbar verlangsamen wird. Kräftige Impulse sind hingegen von der Binnennachfrage zu erwarten. Der private Konsum, welcher während des vergangenen Jahrzehnts durch sehr verhaltene Zuwächse geprägt war, dürfte sich in diesem Jahr infolge einer weiterhin günstigen Arbeitsmarktentwicklung und der Aussicht auf steigende Arbeitseinkommen weiter verbessern und zu einer robusten Säule des Wachstums entwickeln. Des Weiteren werden die Unternehmensinvestitionen und der Wohnungsbau voraussichtlich merklich expandieren, u. a. befördert



durch ein weiterhin historisch niedriges Zinsniveau. Die Wachstumsprognosen für das reale Bruttoinlandsprodukt Deutschlands 2011 liegen bei rund 2,5 %.

Für die Kassenlage der öffentlichen Haushalte ist infolge der günstigen konjunkturellen Entwicklung und der eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen eine spürbare Verbesserung zu erwarten. Nichtsdestoweniger besteht bei den öffentlichen Finanzen, nicht nur aufgrund der zum 01. Januar 2011 in Kraft getretenen "Schuldenbremse", weiterhin erheblicher Konsolidierungsbedarf. Zukünftig werden weitere Abgabenerhöhungen und Ausgaben- bzw. Leistungskürzungen, auch im sozialen Bereich, unumgänglich werden.

Die Risiken für mögliche Rückschläge sind nach wie vor hoch. Die Finanzmärkte sind trotz umfangreicher Hilfspakete weiterhin durch eine hohe Verunsicherung gekennzeichnet, was sich beispielsweise in enormen Risikoaufschlägen bei den Staatsanleihen einiger Länder der Eurozone niederschlägt. Auch für Teile des deutschen Bankensystems besteht immer noch ein struktureller Anpassungsbedarf. Als Herausforderung sind die neuen regulatorischen Vorschriften im Zusammenhang mit "Basel III" zu nennen, welche u. a. strengere Anforderungen an die Quantität und Qualität des Eigenkapitals von Banken stellen.



# Entwicklungen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft

Die Sozial- und Gesundheitswirtschaft war im Berichtsjahr von den krisenhaften Entwicklungen weiterhin weniger betroffen als andere Wirtschaftssektoren. Es gab keine krisenbedingten spektakulären Pleiten; Rettungspakete mussten nicht geschnürt werden. Die Anzahl der Insolvenzverfahren blieb auch in der Krise relativ konstant. Die institutionellen Bedingungen, wie z. B. die Finanzierung über die umlagefinanzierten Sozialversicherungen und steuerfinanzierten Sozialleistungsträger sowie die bestehenden Leistungsansprüche, machen die Sozial- und Gesundheitswirtschaft relativ konjunkturunabhängig. Dies strahlte stabilisierend auf deren ökonomisches und fiskalisches Umfeld aus.



In wichtigen Leistungsbereichen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft ist die Nachfrage weiter gestiegen. Betrachtet man den Zeitraum von 2007 bis 2009, so erhöhten sich die stationären Krankenhausfälle um 3,72 %, die stationären Behandlungsfälle in Vorsorge- und Reha-Einrichtungen um 4,34 %. Bei den Leistungsempfängern der Sozialen und Privaten Pflegeversicherung war in diesem Zeitraum ein Anstieg um 4,1 % zu verzeichnen; die Zahl der Menschen, die Eingliederungshilfe erhielten, stieg um ca. 7,8 %. Nachfragezugänge sind auch in den Leistungsbereichen der Kinder- und Jugendhilfe auszumachen: Die Anzahl der Kinder unter sechs Jahren in Tageseinrichtungen erhöhte sich von 2006 bis 2010 um 5 %, die Zahl der Kinder in betreuten Wohnformen und in der Heimerziehung von 2006 bis 2008 um 31,2 %.

In diesen und in weiteren Leistungsbereichen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft wird die Nachfrage auch in den nächsten Jahren steigen.

#### Volkswirtschaftlicher Stellenwert erhöht sich

Zunehmend wird der regional- und volkswirtschaftliche Stellenwert der Sozial- und Gesundheitswirtschaft erkannt. Deren Bedeutung ergibt sich aus dem Volumen der Wertschöpfung, aus der relativen Größe im Vergleich zu den übrigen Wirtschaftssektoren und aus dem Beitrag zur konjunkturellen Stabilisierung.

Dies verdeutlichen einige Daten: Die Bruttowertschöpfung des Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesens<sup>4</sup> stieg von 142,45 Mrd. EUR im Jahr 2004 auf 171,79 Mrd. EUR im Jahr 2009 an. Dies entspricht einer jährlichen Steigerungsrate von 3,8 % und insgesamt von ca. 21 %. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich der Anteil dieser Wirtschaftsklasse an der gesamtwirtschaftlichen Leistung von 7,1 % im Jahr 2004 auf 8,0 % im Jahr 2009. Im Vergleich dazu betrug 2009 der Anteil des Kredit- und Versicherungsgewerbes 4,3 %, des Baugewerbes 4,3 % und der Energie- und Wasserversorgung 2,9 %.

Mit dieser Entwicklung verbunden war das zunehmende Beschäftigungsvolumen dieses Sektors. Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialwesen5 stieg von 3.330.750 im November 2008 auf 3.578.600 im November 2010 an. Dies entspricht einer Steigerung von rund 7,4 % und einer jährlichen Steigerungsrate von 3,7 %. Die größten Steigerungen sind im Bereich der Pflege auszumachen. Der Zuwachs an Beschäftigten lag im Gesundheits- und Sozialwesen in den letzten Jahren deutlich über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt von jährlich rund 0,7 %. Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialwesen an allen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen erhöhte sich infolge dessen von 11,9 % im November 2008 auf 12,7 % im November 2010.



<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> gemäß Klassifikation der Wirtschaftszweige 2003

<sup>5</sup> gemäß Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008

Der volkswirtschaftliche Stellenwert der Sozialund Gesundheitswirtschaft basiert aber nicht nur auf ihrer eigenen und relativen Gewichtigkeit, sondern auch auf den wertschöpfenden bzw. Aufwendungen minimierenden Effekten ihrer Leistungen auf andere Sektoren. Im Berichtsjahr wurde verstärkt nach dem "social return on investment" von sozial- und gesundheitswirtschaftlichen Leistungen gefragt, z. B. von Frühkindlicher Erziehung und Bildung, von Werkstätten für behinderte Menschen, von Rehabilitation und Krankenhausversorgung.

### Veränderungen finanzieller Rahmenbedingungen

Aufgrund der Finanzierung über Transferleistungen, Versicherungsleistungen und Zuwendungen standen die Anbieter der Sozial- und Gesundheitswirtschaft Herausforderungen gegenüber, die sich aus der aktuellen Finanzlage der Sozialversicherungssysteme und der öffentlichen Haushalte ergeben.

Die Sozialversicherungssysteme stehen unter hohem fiskalischem Druck. Die Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung stiegen von 160,94 Mrd. EUR im Jahr 2008 auf 170,78 Mrd. EUR im Jahr 2009 (+ 6,1 %); die Ausgaben der sozialen Pflegeversicherung erhöhten sich im selben Zeitraum von 19,14 Mrd. EUR auf 20,33 Mrd. EUR (+ 6,2 %). In der Diskussion oft ausgeblendet wird die Entwicklung der Einnahmenseite: Die Ausgaben je Versicherten bei der Gesetzlichen Krankenversicherung stiegen im Zeitraum 2000 bis 2008 um rund 22,0 % an; die beitragspflichtigen Einnahmen je Mitglied wuchsen im selben Zeitraum hingegen nur um rund 7,3 %.

Die neuerliche Reform durch das GKV-Finanzierungsgesetz vom 26. November 2010 wird wieder einmal nicht finanziell nachhaltig sein; in der Gesetzlichen Pflegeversicherung stieg der Handlungsbedarf zur Absicherung der Finanzierung weiter. Die Finanzlage der Gesetzlichen Krankenversicherung und der Gesetzlichen Pflegeversicherung hat noch nicht zu einer wesentlichen Leistungseinschränkung geführt. Noch immer werden die Leistungen der Gesetzlichen Krankenversicherung nicht direkt rationiert und der medizinische Fortschritt kann in die Leistungen eingehen: Die Leistungen der Pflegeversicherung wurden am 01. Januar 2010 in der zweiten Stufe dynamisiert und bedarfsgerecht weiterentwickelt.

Betrachtet man die öffentlichen Haushalte (Bund, Länder, Gemeinden), so führt dort die Kombination aus höheren Ausgaben und niedrigeren Einnahmen zu einem sprunghaften Anstieg des bereits vor der Krise vorhandenen Finanzierungsdefizits.

Im Jahr 2010 stieg der negative Finanzierungssaldo gegenüber dem Vorjahr von 72,7 Mrd. EUR auf 88,6 Mrd. EUR, also um knapp 22 %; die Summe der Kreditmarktschulden und der Kassenverstärkungskredite erhöhte sich um 304,4 Mrd. EUR bzw. 18,0 % auf insgesamt 1.998,8 Mrd. EUR. Zurückzuführen ist dieser enorme Anstieg im Wesentlichen auf die Stützungsmaßnahmen im Finanzsektor, welche den Schuldenstand um 232,2 Mrd. EUR erhöhten. Inzwischen wurden rund 15 % des Bundesetats für die Zahlung der Zinsen reserviert. Die am 01. August 2009 verfassungsrechtlich fixierte "Schuldenbremse" wurde insofern bereits wirksam, als es Maßnahmen zur Erreichung der vorgebenden Zielmarken für Einsparungen in kommenden Haushaltsjahren ergriffen werden mussten.

Die Kommunen sind ein bedeutender Partner der Sozial- und Gesundheitswirtschaft. Ihr Finanzierungsdefizit erhöhte sich von 2009 (7,2 Mrd. EUR) bis 2010 (9,8 Mrd. EUR) um rund 36 %. Die Verschuldung stieg zum 31. Dezember 2010 auf 119,4 Mrd. EUR und lag damit 5,6 Mrd. EUR bzw. 4,9 % über dem Stand des Vorjahres. Durch den Bund und die Länder wurden die Kommunen

schon seit Jahren finanziell ausgezehrt. Zugleich sind die kommunalen Haushalte mit stetig steigenden Sozialausgaben konfrontiert. Diese stiegen von 2004 (31,9 Mrd. EUR) bis 2010 (42,25 Mrd. EUR) um rund 32 % an; allein im Jahr 2010 betrug der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr 4,8 %. So haben sich die Leistungen der Eingliederungshilfe der Nachfrage entsprechend ebenso ausgeweitet wie Teilbereiche der Kinder- und Jugendhilfe (Tagesbetreuung für Kinder unter sechs Jahren, Erziehungshilfen).

Versicherungsleistungen und Transferzahlungen, sofern mit individuellen Leistungsansprüchen zur Inanspruchnahme von Diensten und Einrichtungen verbunden, sind stabil geblieben; Einschränkungen erfuhren die bedingten Pflichtleistungen und die freiwilligen Leistungen der Gebietskörperschaften.

# Konsequenzen für die Sozial- und Gesundheitswirtschaft

Gedrängt durch ihre Finanzlage versuchten die Finanzierungsträger, die Ausgaben zu begrenzen. Eine Konsequenz ist, dass die Anbieter in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft es schwerer haben, Vergütungserhöhungen durchzusetzen. Des Weiteren verlangten die Finanzierungsträger mehr Transparenz und intensivieren die Kontrollen in Bezug auf die wirtschaftliche Betriebsführung. In diesem Sinne werden seit dem 01. Dezember 2009 im Bereich der Sozialen Pflegeversicherung Transparenzberichte veröffentlicht; und der Bundesrat hat Ende Oktober 2010 entschieden, dass die Transparenz- und Kontrollregelungen im SGB XII (Sozialhilfe) analog zu SGB XI (Soziale Pflegeversicherung) verschärft werden.

In der Absicht, den wirtschaftlichen Einsatz der verfügbaren Mittel zu verbessern, wirkten Politik und Finanzierungsträger auf die Veränderungen der Leistungen und ihre Erbringung hin. Daher nahmen Finanzierungsträger wie z. B. die Krankenkassen und die Sozialhilfeträger verstärkt Einfluss auf die Gestaltung der Versorgungsprozesse. Auch die verstärkten Anstrengungen von Bund und Ländern zur Förderungen der Anwendung der Informations- und Kommunikationstechnologien in den Bereichen des Wohnens und der Pflege von Senioren, der Behindertenhilfe und der Gesundheitsversorgung sind in diesem Zusammenhang zu sehen. Hierdurch befördert, befassten sich Anbieter in der Sozial- und der Gesundheitswirtschaft verstärkt mit dieser Thematik. Mit dem Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechnologie sind grundlegende Veränderungen in der Erbringung von Sozial- und Gesundheitsleistungen verbunden und es sind neue Geschäftsmodelle zu entwickeln - auch der eigenen Ertragskraft und Marktpositionierung wegen.

# Herausforderungen für die Unternehmensführung

Die Veränderungen der Nachfrage und der Bedarfe, der Finanzlage der öffentlichen Haushalte und der Sozialversicherungen sowie der Bedingungen der Leistungserbringung führten zu neuen Herausforderungen für die Unternehmen der Sozialund Gesundheitswirtschaft.

Auf einzelbetrieblicher Ebene hat sich der Druck auf eine Effizienzsteigerung durch Kostenreduktion und Rationalisierung insgesamt verstärkt. Dies geht auch aus Umfragen bei Leitungskräften der Sozial- und Gesundheitswirtschaft hervor. In der Folge hat sich die Effizienz z. B. bei Krankenhäusern, Pflege- und Reha-Einichtungen erhöht.

Darüber hinaus sehen immer mehr Unternehmen die Notwendigkeit der Ertragssteigerung durch neue Service-Konzepte und neue Geschäftsmodelle. Innovativität und finanzielle Investitionsfähigkeit sind wichtige Erfolgsfaktoren geworden.

Eine weitere Entwicklung hat sich im Berichtsjahr beschleunigt: die Bildung größerer Unternehmens-

einheiten, von Ketten- und Holdingstrukturen – auch im gemeinnützigen Bereich. Für den wohlfahrtsverbandlichen Sektor ist hiermit eine weitergehende Ausdifferenzierung der Unternehmen aus der Verbandsstruktur verbunden und eine Sprengung des Regionalprinzips.

Weder die Kostendämpfung der Finanzierungsträger noch einzelunternehmerische Anpassungsmaßnahmen oder der Wettbewerb reichen aus, um zu einem effizienteren, effektiveren und bedarfsgerechten Versorgungssystem zu kommen. Daher werden verstärkt intrasektoral, intersektoral, interdisziplinär und im welfare mix Versorgungsprozesse geknüpft und Netzwerke der relevanten Akteure organisiert.

Ziel ist es, die Fragmentierung der Leistungsangebote, der Versorgungsstrukturen, der zuständigen Finanzierungsträgerschaft sowie der Honorierungs- und Vergütungssysteme zu überwinden. Denn hieraus entstehen Unwirtschaftlichkeit durch Überversorgung, Unterversorgung, Fehlversorgung und Schnittstellenprobleme. Für die Gesundheitswirtschaft hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Jahresgutachten 2010/11 hier weitere Veränderungen eingefordert.

Das Heben von Rationalisierungsreserven und der wirksamere Mitteleinsatz werden z. B. erreicht durch personenzentrierte Bereitstellung von Hilfen, wie sie in den Eckpunkten von der Sozialministerkonferenz und der Bundesregierung zur Reform der Eingliederungshilfe festgelegt wurden, sowie durch das vermehrte Realisieren lebensraum- und quartiersbezogener Versorgungskonzepte (z. B. für Senioren).

Zudem trat die Notwendigkeit der Institutionalisierung von Netzwerken verschiedener Akteure, wie z. B. Anbietern, Finanzierungsträgern und planungszuständigen Behörden, deutlicher hervor. "Regional governance" zur Steuerung der Versorgungsstrukturen kam ins Blickfeld. Hierbei geht es um intra- bzw. intersektorale Bedarfsabklärung, abgestimmte Entwicklung der Versorgungsstruktur, die Verzahnung von Leistungen, um kostengünstigeren Mitteleinsatz und die Gewährleistung des Zugangs zu Leistungen auf Länder- und kommunaler Ebene. Die 83. Gesundheitsministerkonferenz der Länder hat am 01. Juli 2010 einen Gesetzgebungsvorschlag verabschiedet, damit steuernde Netzwerkstrukturen zur Sicherstellung einer sektorübergreifenden medizinischen Versorgung unter Beteiligung der Anbieter geschaffen werden. In den begonnenen Arbeiten zu einem GKV-Versorgungsgesetz wurde bereits ein sektorübergreifender regionaler Versorgungsausschuss zur Versorgungsplanung vorgesehen.

Die Mitwirkung in integrierten Versorgungsprozessen und in Netzwerken kann für Unternehmen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft unter den veränderten Rahmenbedingungen notwendig sein, um den Zugang zu künftigen Märkten zu sichern, marktgängige abgestimmte Leistungen zu platzieren und um sich im Wettbewerb abzuheben.

#### Personal als knappe Ressource

Im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen ist der Personalzuwachs in der Gesundheitswirtschaft besonders groß. Innerhalb der Gesundheitswirtschaft ist der Pflegesektor Jobmotor.

Auf Grund des Anstiegs der Pflegebedürftigen werden in Deutschland mehr Menschen benötigt, die sich in den Pflegeberufen engagieren. Nach Einführung der Pflegeversicherung hat zwischen 1999 und 2009 die Zahl der bei ambulanten Pflegediensten Beschäftigten um rund 46 % (85.000) und die in Pflegeheimen Beschäftigten um rund 41 % (180.000) zugenommen. Ende 2009 waren nach Angaben des Statistischen Bundesamtes





rund 890.000 Personen in der Altenpflege beschäftigt, davon rund 30 % (269.000) bei ambulanten Pflegediensten und 70 % (621.000) in Pflegeheimen.

Auch in anderen Bereichen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft war eine stetige Zunahme der Beschäftigung zu beobachten. Bei den Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen stieg die Anzahl der Beschäftigten im Zeitraum 2006 bis 2009 um rund 6,4 % (10.000) auf ca. 167.000. In den Kindertageseinrichtungen waren im Jahr 2009 mit ca. 465.000 Beschäftigten ca. 12,1 % (50.000) mehr Personen tätig als im Jahr 2006.

Der Personalbedarf steigt weiter an. In Umfragen unter Führungskräften wurde im Berichtsjahr die Problematik der Rekrutierung von Fachpersonal zu einen herausragenden Thema. Durch diese Entwicklung wird der unbesehenen Weitergabe des Kostendrucks an die Beschäftigten Grenzen gesetzt. In diesem Kontext ist auch der im Juni 2010 eingeführte Mindestlohn für Kräfte, die vorwiegend Grundpflegeleistungen erbringen, zu sehen.

Wurde zeitweilig der Import von Pflegekräften als wesentlicher Beitrag zur Lösung des Problems diskutiert, so stellte sich bald heraus, dass unternehmensintern Anstrengungen unternommen werden müssen. Die Gewinnung und Bindung geeigneten Personals wird vermehrt zu einem

unternehmerischen Erfolgsfaktor. Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Wettbewerbs um knappes Personal lassen sich noch nicht absehen.

#### Attraktivität für den Kredit- und Kapitalmarkt

Ungeachtet der nicht einfacher gewordenen Vergütungs- und Zuwendungsbedingungen bleiben Unternehmen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft attraktiv für Kredit- und Kapitalgeber. Auch in Zeiten der Krise ist das an das Gesundheits- und Sozialwesen vergebene Kreditvolumen etwa auf gleichem Niveau in Höhe von rund 88 Mrd. EUR geblieben. Die Kreditversorgung der Sozial- und Gesundheitswirtschaft wurde durch die Finanzkrise insgesamt kaum beeinflusst, auch wenn einige Banken in diesem Markt zurückhaltender agiert und einzelne sich aufgrund mangelnden Kreditvergabepotenzials sogar ganz daraus zurückgezogen haben. Das Wachstum des Kreditvolumens der Bank für Sozialwirtschaft AG im Berichtsjahr ist ein Indiz hierfür. Auf dem Kapitalmarkt konnten Anleihen und Aktien platziert werden; Investoren kamen verstärkt in die Sozial- und Gesundheitswirtschaft zurück und investierten in Gesamtunternehmen, Immobilien oder Betreiberunternehmen.

Die Attraktivität von Unternehmen der Sozialund Gesundheitswirtschaft für Finanziers beruhte darauf, dass sich für manche Leistungsbereiche die Ertragslage verbessert hat, Rationalisierungsund Synergie-Potenziale zu heben sind, durch neue Leistungen Einnahmen erzielt werden können und nicht zuletzt auch weiterhin die Nachfrage steigen wird. Im Rahmen der Veränderungsprozesse in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft findet allerdings ein Ausleseprozess statt. Entscheidend sind neben der Ertragslage der Unternehmen insbesondere das finanzielle Investitionspotential, die marktspezifische Managementkompetenz, die Leistungsinnovationen und die Einpassung in die Versorgungsnetze.

# Lagebericht

Im Geschäftsjahr 2010 hat die Bank für Sozial-wirtschaft AG ihre erfreuliche Geschäftsentwicklung ungebrochen fortgesetzt. Die Folgen der
Finanzmarktkrise wirkten auf das Wachstum des
Instituts wie bereits im Vorjahr beschleunigend.
Das Betriebsergebnis konnte um 16,0 % auf
76,9 Mio. EUR gesteigert werden. Der Jahresüberschuss liegt mit 52,4 Mio. EUR um 1,8 % höher
als im Vorjahr. Die Bilanzsumme stieg im Vergleich zum 31.12.2009 um 4,7 % auf 6,04 Mrd.
EUR. Damit war 2010 für die Bank für Sozialwirtschaft AG das erfolgreichste Geschäftsjahr seit
der Gründung des Instituts im Jahr 1923.

#### Aktivgeschäft

Die Forderungen an Kreditinstitute lagen mit 31,5 Mio. EUR auf dem Niveau des Vorjahres.

Die Forderungen an Kunden erhöhten sich um 18,8 % auf 3.478,4 Mio. EUR. Wie in den Vorjahren entfiel ein großer Teil der Steigerung auf das langfristige Segment, in dem zugleich die höchsten Volumina bestehen. Die Kredite mit Restlaufzeiten von mehr als fünf Jahren konnten um 17,4 % auf 2.413,4 Mio. EUR (Vorjahr: 2.060,3 Mio. EUR) aufgestockt werden. Die Nachfrage blieb über das Gesamtjahr 2010 ungebrochen hoch.

Das überproportionale Kreditwachstum im Berichtsjahr ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen: Zum einen wurden die Kreditvergabebedingungen der Bank für Sozialwirtschaft AG im Marktvergleich besser angenommen, u. a. weil eine Reihe anderer Kreditinstitute die Branchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft infolge der Finanzmarktkrise weniger offensiv angesprochen hat als in früheren Jahren. Zum anderen haben das langjährige Engagement der Bank in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft, ihre Expertise und ihre qualitativ hochwertigen Instrumente (z. B. Standort- und Wettbewerbsanalyse) dazu geführt, dass sie in diesem Markt noch mehr als in den Vorjahren als zuverlässiger Partner wahr-

genommen wurde. Hinzu kommt, dass hohe Kreditvolumina über das Ende 2010 ausgelaufene KfW-Förderprogramm "Sozial Investieren – Investitionsoffensive Infrastruktur" vergeben wurden.

Der Wertpapierbestand am Bilanzstichtag war mit 2.153,7 Mio. EUR um 393,8 Mio. EUR geringer als im Vorjahr. Hier wurden auslaufende Fälligkeiten von Wertpapieren nicht ersetzt, um das Wachstum im Kundenkreditgeschäft zu finanzieren.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen wurden um 9.000,0 TEUR aufgestockt und lagen zum Stichtag bei 19.991,9 TEUR. Die Bank für Sozialwirtschaft AG hat im Berichtsjahr eine Kapitalerhöhung um 9.000,0 TEUR bei ihrem 100%igen Tochterunternehmen BFS Service GmbH vorgenommen. Damit wurde die Beteiligung der BFS Service GmbH an der neu gegründeten MediFox Abrechnungs GmbH - die später in BFS Abrechnungs GmbH umfirmiert wurde - ermöglicht. Die BFS Abrechnungs GmbH ist ein Joint Venture zwischen der BFS Service GmbH, Köln, und der MediFox GmbH & Co. KG, Hildesheim. Das Unternehmen bietet Pflegediensten und Sozialstationen seit Ende März 2010 Abrechnungs- und Factoringleistungen an.

Die Treuhandkredite lagen mit einem Volumen von 174,9 Mio. EUR leicht über dem Vorjahresniveau (2009: 171,9 Mio. EUR). Der zur Verfügung stehende Kreditrahmen der von der Bank für Sozialwirtschaft AG treuhänderisch verwalteten zinslosen Darlehen des Bundes an freigemeinnützige Organisationen blieb im Berichtsjahr nach wie vor unverändert. Die Schwankungen sind stichtagsbedingt.

Der Buchwert für Immaterielle Anlagewerte reduzierte sich im Berichtsjahr um 2,8 % auf 16,9 Mio. EUR. Die Neuinvestitionen u. a. im Rahmen der SEPA-Einführung und des Customer Relationship Managementsystems SAP CRM fielen im Berichtsjahr geringer aus als die Abschreibungen auf bestehende Systeme.

Der Buchwert für Sachanlagen ging um 2,2 % auf 24,4 Mio. EUR zurück. Im Berichtsjahr überstiegen die planmäßigen Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie auf Gebäude geringfügig die Neuinvestitionen in die Betriebs- und Geschäftsausstattung, die vor allem im Zuge der Umzüge der Geschäftsstellen Dresden, Essen und Magdeburg sowie der Neueröffnung einer Repräsentanz in Rostock anfielen.

Die Sonstigen Vermögensgegenstände verbuchten stichtagsbedingt einen Rückgang um 6,2 % auf 10,1 Mio. EUR.

# Passivgeschäft

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden im Geschäftsjahr 2010 um 4,5 % auf 1.842,6 Mio. EUR erhöht. Die Aufstockung ist im Wesentlichen durch die Refinanzierung der gestiegenen Kundenforderungen bedingt.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden stiegen um 4,2 % auf 3.592,9 Mio. EUR. Die Steigerung entfiel vor allem auf täglich fällige Einlagen (+ 12,1 % auf 2.425,1 Mio. EUR). Bei den Festgeldern war ein Rückgang um 10,1 % auf 1.107,0 Mio. EUR zu verzeichnen. Die Entwicklungen sind vor allem dadurch begründet, dass aufgrund des niedrigen Zinsniveaus im kurzfristigen Bereich in erheblichem Umfang Termingelder in täglich fällige Einlagen umgeschichtet wurden.

Die Verbrieften Verbindlichkeiten verringerten sich im Vorjahresvergleich um 53,8 % auf 531,3 TEUR. Das ist auf Fälligkeiten der bankeigenen Schuldverschreibungen zurückzuführen.

Die Rückstellungen wurden um 28,7 % auf 27,7 Mio. EUR reduziert. Das ist vor allem durch Veränderungen bei den Steuerrückstellungen begründet.

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten wurden zur Stärkung des haftenden Eigenkapitals um 12,2 % auf 85,8 Mio. EUR erhöht.

Das **Genussrechtskapital** verblieb mit 26,7 Mio. EUR auf dem Niveau des Vorjahres.

#### Haftendes Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital und die Kapitalrücklage blieben im Berichtsjahr konstant bei 36,4 Mio. EUR bzw. 43,3 Mio. EUR.

Die Gewinnrücklage ist um 44.400 TEUR auf 138.000 TEUR erhöht worden, indem dieser Betrag aus dem Bilanzgewinn 2009 in die Position "andere Gewinnrücklagen" eingestellt wurde. Das bilanzielle Eigenkapital ohne Berücksichtigung des Bilanzgewinns 2010 beträgt damit 217,7 Mio. EUR.

Als haftendes Eigenkapital sind gemäß Kreditwesengesetz darüber hinaus das Genussrechtskapital, die nachrangigen Verbindlichkeiten, der Fonds für allgemeine Bankrisiken sowie die Vorsorgereserve zu berücksichtigen, während die immateriellen Vermögensgegenstände abzusetzen sind.

Mit der sich daraus ergebenden Ausstattung konnten die Bank für Sozialwirtschaft AG und die Institutsgruppe im Berichtsjahr jederzeit die Eigenkapitalanforderungen des Kreditwesengesetzes erfüllen.

# Einlagensicherung

Die Bank für Sozialwirtschaft AG ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken e. V. angeschlossen. Dadurch sind die Einlagen der Kunden in vollem Umfang geschützt. Damit ist die Möglichkeit einer Verpflichtung bis zu 11.077 TEUR verbunden (bis zum Zehnfachen der mit dem Grunderhebungssatz (0,4 ‰) berechneten Garantiefondsbeiträge).

#### Finanz- und Liquiditätslage

Die Zahlungsbereitschaft der Bank für Sozialwirtschaft AG war zu jeder Zeit gegeben.

Sowohl die Mindestreservebestimmungen als auch die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht erlassenen Vorschriften der Liquiditätsverordnung wurden zu jeder Zeit eingehalten. Die aufsichtsrechtliche Liquiditätskennziffer betrug zum Bilanzstichtag 1,56 (Mindestwert 1,00).

### Ertragslage

Der Zinsüberschuss inklusive der laufenden Erträge in Höhe von 117.585 TEUR konnte im Vergleich zum Vorjahr um 13,2 % gesteigert werden. Dieses Ergebnis ist vor allem auf erfreuliche Ergebnisse im Kundengeschäft sowohl auf der Aktiv- als auch auf der Passivseite zurückzuführen. Verstärkt wurde diese Entwicklung durch günstige Refinanzierungsbedingungen und ein niedriges Zinsniveau.

Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen erhöhten sich um 46,1 % auf 3.903 TEUR. Das ist vorrangig auf die positive Geschäftsentwicklung der Tochtergesellschaft bzw. der verbundenen Unternehmen zurückzuführen.

Die Erträge aus Gewinngemeinschaften und

Das Provisionsergebnis ist um 15,7 % auf 3.896 TEUR zurückgegangen. Hierbei spielten gesunkene Erträge im Wertpapiergeschäft ebenso eine Rolle wie erhöhte Provisionsaufwendungen im Kreditgeschäft.

Die Allgemeinen Verwaltungsaufwendungen sind um 8,7 % auf 45.143 TEUR gewachsen. Dabei erhöhte sich der Personalaufwand vorrangig durch Neueinstellungen und Tarifsteigerungen um 5,2 % auf 26.239 TEUR. Die anderen Verwaltungsaufwendungen stiegen um 13,9 % auf 18.904 TEUR. Die Kostensteigerung entfiel im Wesentlichen auf gestiegene Pflichtbeiträge an den Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) und notwendige Aufwendungen zur Umsetzung aufsichtsrechtlicher Anforderungen.

Das Betriebsergebnis konnte im Vergleich zum Vorjahr um 16,0 % auf 76.897 TEUR erneut deutlich gesteigert werden.

Das Bewertungsergebnis belief sich insgesamt auf 1.983 TEUR. Im Kreditgeschäft wurde erneut mit einer konservativen Risikovorsorge und einer vorsichtigen Kreditvergabepolitik gearbeitet. Im Zuge der Veränderungen der finanziellen Rahmenbedingungen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft durch den Rückzug der öffentlichen Hand aus der Finanzierung sozialer Leistungen und durch den zu erwartenden Umbau der Sozialen Sicherungssysteme muss bezogen auf das Gesamtportfolio mit relativ höheren Kreditausfallwahrscheinlichkeiten gerechnet werden als in früheren Jahren. Im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen ist das Kreditausfallrisiko in der







Sozial- und Gesundheitswirtschaft durch die hohe öffentliche Regulierung und die geringe Konjunkturabhängigkeit des Nachfrageverhaltens in diesen Branchen jedoch nach wie vor gering. Im Wertpapiergeschäft wurde aufgrund der Kursentwicklungen ein positives Ergebnis erzielt.

Die außerordentlichen Aufwendungen betreffen mit 2.891 TEUR die einmaligen Umstellungskosten aus der erstmaligen Anwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG).

Die gewinnabhängigen Steuern stiegen aufgrund der positiven Geschäftsentwicklung um 1.107 TEUR auf 23.627 TEUR.

Der Jahresüberschuss erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 929 TEUR und liegt für das Geschäftsjahr 2010 bei 52.363 TEUR.

# Vorschlag zur Verwendung des Bilanzgewinns

Der Vorstand schlägt vor, gemäß § 9 der Satzung 43.950 TEUR in die Position "andere Gewinnrücklagen" einzustellen und eine Dividende in Höhe von 8.400 TEUR an die Aktionäre auszuschütten. Vor dem Hintergrund des sehr guten Geschäftsergebnisses 2010 soll eine Dividende in Höhe von 10,00 EUR pro Stammaktie sowie zusätzlich ein Bonus in Höhe von 2,00 EUR pro Stammaktie gezahlt werden.

Zudem soll ein neuer Gewinnvortrag in Höhe von 49 TEUR angesetzt werden.

#### Risiken der künftigen Entwicklung

Neben allgemeinen Risikofaktoren, die mit allen unternehmerischen Tätigkeiten verbunden sind, bestehen für das Bankgeschäft spezifische Bankgeschäftsrisiken. Sie zeigen sich für die Bank für Sozialwirtschaft AG in Form von Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken und Liquiditätsrisiken. Das Liquiditätsrisiko ist für die Bank für Sozialwirtschaft AG von untergeordneter Bedeutung, da das Institut aufgrund seiner kontinuierlichen Geschäftspolitik langjährige Geschäftsbeziehungen zu einer Reihe von Partnerbanken unterhält. Das Länderrisiko spielt für die Bank für Sozialwirtschaft AG eine geringfügige Rolle.

Sowohl quantitativ (Solvabilitätskoeffizient) als auch qualitativ (Mindestanforderungen an das Risikomanagement) hält die Bank für Sozialwirtschaft AG die bankaufsichtsrechtlichen Regelungen zur Risikobegrenzung ein. Dies gilt auch hinsichtlich der Vorkehrungen zur Sicherung der jederzeitigen Zahlungsbereitschaft.

Auf der Grundlage von Risikotragfähigkeitsberechnungen sind Verlustobergrenzen für unterschiedliche Risikoarten definiert, an denen die Bank unter anderem ihre geschäftspolitischen Maßnahmen ausrichtet. Dabei nutzt sie EDVgestützte Systeme, um die Risiken zu identifizieren, zu bewerten, zu begrenzen und zu überwachen.

Die Ermittlung struktureller Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft basiert auf Einstufungen aller Kreditnehmer nach bankinternen Beurteilungskriterien im Rahmen eines Ratingsystems, das auf die Anforderungen an ein internes Rating nach Basel II ausgerichtet ist. Für die Bewertung der Adressenausfallrisiken im Wertpapiergeschäft arbeitet die Bank mit dem Ratingsystem der

WGZ-Bank. Die Einstufungen der Kreditnehmer in Bonitätsklassen werden regelmäßig überprüft. Das aggregierte Ergebnis wird nach Volumina und Blankoanteilen ausgewertet.

Das Kreditportfolio der Bank für Sozialwirtschaft AG weist insgesamt eine granulare Struktur auf. Ein signifikanter Anteil des ausgereichten Kreditvolumens wird in Einrichtungen der Altenpflege gehalten. Dieser Risikokonzentration begegnet die Bank für Sozialwirtschaft AG mit ihrer langjährigen Branchen- und Marktkompetenz und mit dem Einsatz sektor- und einrichtungsspezifischer Instrumente zur Risikoabwehr und –prävention (z. B. Standort- und Wettbewerbsanalyse, Betriebsvergleiche, Frühindikatorensystem) sowie klar geregelten Kompetenzen im Rahmen der Kreditgewährung und der Problemkreditbearbeitung.

Kredite mit akuten Ausfallrisiken sind hinreichend wertberichtigt. Der Umfang der Kredite mit erhöhten latenten Risiken ist überschaubar; für hierin enthaltene Wagnisse wurde eine ausreichende Vorsorge getroffen.

Die Veränderungen der finanziellen und sozialpolitischen Rahmenbedingungen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft, insbesondere die nachlassende öffentliche Förderung und der verstärkte Anbieterwettbewerb, bringen es mit sich, dass für eine fundierte Finanzierungsberatung – insbesondere im Hinblick auf die langfristige Kreditsicherheit – Fachkenntnisse zu den einzelnen Teilbranchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft erforderlich sind. Daher werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank kontinuierlich zu grundlegenden Fragestellungen und aktuellen Veränderungen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft geschult und über regelmäßige interne Veröffentlichungen informiert.

Die Marktpreisrisiken beziehen sich angesichts der Geschäftsstruktur der Bank vor allem auf sich verändernde Geld- und Kapitalmarktzinsen sowie auf Kursrisiken im Wertpapiergeschäft. Ein Handelsbuch wird gemäß § 2 Abs. 11 KWG nicht unterhalten.

Die Eigenbestände an Wertpapieren sind den allgemeinen Zins- und Kursrisiken ausgesetzt. Zur Überwachung dieser Risiken verfügt die Bank für Sozialwirtschaft AG über ein Controlling- und Risikomanagementsystem, das den von der Bankenaufsicht vorgegebenen Anforderungen entspricht.

Es ist sichergestellt, dass Eigenhandelsgeschäfte nur im Rahmen klar definierter Kompetenzregelungen getätigt werden. Art, Umfang und Risikopotential der Geschäfte sind durch ein bankinternes Limitsystem begrenzt. Die Limite wurden an der bankindividuellen Risikotragfähigkeit orientiert. Zur Absicherung gegen ungünstige Zinsänderungen werden verschiedene Zinsderivate eingesetzt.

Zur Quantifizierung der Risiken werden die Wertpapierbestände unter Zugrundelegung tagesaktueller Zinssätze und Kurse täglich bewertet. Darüber hinaus werden regelmäßig die potentiellen Verlustrisiken aus möglichen künftigen Zins- und Kursänderungen analysiert.







Die Marktpreisrisiken liegen derzeit im Rahmen der geschäftspolitischen Zielsetzung und der bankindividuellen Risikotragfähigkeit.

Neben den Adressenausfall- und Marktpreisrisiken muss sich die Bank für Sozialwirtschaft AG auch auf operationelle Risiken (z. B. Betriebsrisiken im EDV-Bereich, fehlerhafte Bearbeitungsvorgänge, Rechtsrisiken, Betrugs- und Diebstahlrisiken, allgemeine Geschäftsrisiken) einstellen. Das innerbetriebliche Überwachungssystem der Bank trägt dazu bei, die operationellen Risiken zu identifizieren und so weit wie möglich zu begrenzen. Versicherbare Gefahrenpotentiale sind durch Versicherungsverträge im banküblichen Umfang abgeschirmt.

Die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen wird durch die Abteilung Treasury der Bank gewährleistet. Es erfolgt eine regelmäßige Planung des Liquiditätsgrundsatzes mit festgelegten internen Untergrenzen. Die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit der Bank erfolgt auf Basis einer integrierten Liquiditäts- und Finanzplanung. Hierbei werden sowohl vertraglich determinierte als auch geplante bzw. erwartbare Zahlungsströme berücksichtigt. Eine spezielle Konzentration des Liquiditätsrisikos auf eine Teilkategorie (Marktliquidität,

Refinanzierung, Abrufrisiko) ist bei der Bank für Sozialwirtschaft AG nicht feststellbar und auch für die Zukunft nicht prognostiziert.

Die dargestellten Risiken werden nach der derzeitigen Einschätzung die künftige Entwicklung der Bank für Sozialwirtschaft AG nicht wesentlich beeinträchtigen.

#### Ausblick

Ihre Geschäftsperspektiven schätzt die Bank für Sozialwirtschaft AG weiterhin als sehr positiv ein. Das Kerngeschäftsfeld Sozial- und Gesundheitswirtschaft gilt aufgrund der demographischen Entwicklung und des damit verbundenen steigenden Bedarfs z. B. an Dienstleistungen im Pflegeund Gesundheitssektor als Wachstumsmarkt. Die Finanzmarktkrise hat die Entwicklung der Sozialund Gesundheitswirtschaft kaum beeinträchtigt. Dabei spielte der hohe Anteil an Finanzierung durch Transfer- und Versicherungsleistungen ebenso eine Rolle wie die relativ konjunkturunabhängige Nachfrage. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass die finanziellen Rahmenbedingungen für die Akteure der Sozial- und Gesundheitswirtschaft in den nächsten Jahren schwieriger werden. Hierbei spielen die zu erwartenden weiteren Reformen der Sozialen Sicherungssysteme ebenso eine Rolle wie die Verschuldung der öffentlichen Haushalte.

Die Bank für Sozialwirtschaft AG geht davon aus, dass sich die Reduzierung der Zuwendungen der öffentlichen Hand zur Finanzierung von Leistungen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft fortsetzen wird. Als Konsequenz daraus wächst unter anderem der Bedarf an Leistungen des Bank- und Kapitalmarkts, insbesondere an Krediten. Zudem steigen die Anforderungen an eine Beratungskompetenz, die nicht nur bankfachliche Aspekte, sondern auch die speziellen Rahmenbedingungen der Finanzierung sozial- und gesundheitswirtschaftlicher Unternehmen einbezieht.







Daher werden die bereits etablierten Analyse-Instrumentarien der Bank für Sozialwirtschaft AG zur differenzierten Einschätzung der wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit der zu finanzierenden Unternehmen immer weiter verfeinert und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank über die die Veränderungen der gesetzlichen und finanziellen Rahmenbedingungen in den Einzelbranchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft kontinuierlich in Kenntnis gesetzt. Ziel ist es, nicht nur eine risikoadäquate Bepreisung der Kredite vorzunehmen, sondern auch durch eine regelmäßige Kommunikation über wesentliche wirtschaftliche Kennziffern des Kunden eine langfristig erfolgreiche Geschäftsbeziehung zu begründen. Strategisches Ziel der Bank für Sozialwirtschaft ist ein qualitatives und quantitatives Wachstum.

Im Hinblick auf die regulatorischen Anforderungen durch Basel III wurden für die Bank für Sozialwirtschaft AG auf der Basis der Bilanzplanung Hochrechnungen durchgeführt. Diese haben ergeben, dass die Eigenkapitalausstattung

der Bank in den nächsten Jahren auch unter Berücksichtigung der verschärften Regelungen ausreichend sein wird. Die Bank ist bestrebt, ihre Kreditvergabebedingungen trotz der zu erwartenden höheren Eigenkapital- und Risikokosten möglichst nicht zu verschärfen.

In Zukunft ist nicht nur mit einer weiteren Steigerung der Kreditnachfrage zu rechnen. Auch wird die Sozial- und Gesundheitswirtschaft voraussichtlich verstärkt Instrumente der Unternehmensfinanzierung nutzen, u. a. um das veränderte Finanzierungsverhalten der öffentlichen Hand und der Kostenträger zu kompensieren. Im Berichtsjahr hat die Bank für Sozialwirtschaft AG ihre Strategie, hier frühzeitig adäquate Angebote zu machen, weiter verfolgt. Im Frühsommer 2010 legte sie den zweiten Mezzanine-Fonds auf, der speziell auf den Bedarf der Sozial- und Gesundheitswirtschaft zugeschnitten ist. Der Mezzanine-Fonds stellt mittelständischen Unternehmen dieser Branchen echtes Eigenkapital für die Erweiterungs- und Wachstumsfinanzierung zur Verfügung. Das Kapital wird generiert, indem Anlegern

eine Kommandit-Beteiligung an einem geschlossenen vermögensverwaltenden Fonds angeboten wird. Des Weiteren wurde durch die Beteiligung des 100%igen Tochterunternehmens BFS Service GmbH an der BFS Abrechnungs GmbH das Angebot im Bereich Factoring ausgebaut.

Im Anlagegeschäft steht weiterhin eine risikoavers orientierte Beratung im Mittelpunkt. Bedingt durch die gemeinnützigkeitsrechtlichen Rahmenbedingungen, die für den überwiegenden Teil der Kunden gelten, werden konservative Anlagestrategien auch in Zukunft interessant bleiben. Wachstumspotential sieht die Bank insbesondere im Bereich der Vermögensverwaltung.

Im Zahlungsverkehr setzt die Bank für Sozialwirtschaft AG auch künftig auf innovative Produktentwicklungen, eine schnelle technische Abwicklung sowie kostengünstige Angebote. Hinzu kommt die kontinuierliche Weiterentwicklung der Dienstleistungen speziell für Spendenorganisationen und die Umsetzung der Anforderungen zur Realisierung des europäischen Zahlungsverkehrsraums SEPA. Nachdem die Bank im Berichtsjahr die passive SEPA-Lastschrift eingeführt hat, stehen im laufenden Geschäftsjahr die Vorbereitungen zur Einführung der aktiven SEPA-Lastschrift zum 1. November 2011 im Mittelpunkt.

Die konsequente strategische Ausrichtung der Bank für Sozialwirtschaft AG bringt es mit sich, dass eine Reihe von internen Maßnahmen kontinuierlich weiterentwickelt, aber nicht grundsätzlich verändert wird. Hierzu gehört u. a. die Optimierung der Geschäftsprozesse durch innovativen Technologieeinsatz. Im Berichtsjahr wurde u. a. die Nutzung des Customer Relationship Managementsystems SAP CRM zur Unterstützung des strategischen Agierens des Marktes vorangetrieben. Im laufenden Geschäftsjahr wird das gesamte SAP-System der Bank im Rahmen eines Releasewechsels auf das neueste Niveau von SAP umgestellt.

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, gab es nicht.

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Perspektiven und Maßnahmen sowie interner Hochrechnungen geht die Bank für Sozialwirtschaft AG für das laufende und das darauf folgende Geschäftsjahr von einer weiterhin sehr erfolgreichen Entwicklung aus.

Berlin | Köln, den 31. März 2011

Bank für Sozialwirtschaft AG

Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt Dietmar Krüger

# Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum 31. Dezember 2010 ist im Vorjahresvergleich um 18 auf 329 gestiegen. Auch im laufenden Geschäftsjahr rechnen wir mit einem weiteren Anstieg unserer Mitarbeiterzahl.

Durch die Gestaltung wettbewerbsfähiger Konditionen und über ein ansprechendes und motivierendes Arbeitsumfeld gelingt es uns, auch bei zunehmendem Arbeitgeber-Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte das Interesse neuer Mitarbeiter für unser Haus zu wecken.

In diesem Sinne verstehen wir auch die niedrige Fluktuationsrate und geringe Fehlzeiten als Hinweis auf die Zufriedenheit unserer Mitarbeiter und die Konstanz unserer Personalarbeit. Dies spiegelt sich in der traditionell hohen Betriebstreue wider. Daran hat sich auch im Berichtsjahr nichts geändert. So konnten im Geschäftsjahr 2010 zahlreiche 10- und 25-jährige Betriebsjubiläen begangen werden.

Diese Betriebstreue ist einerseits wichtig für die Kontinuität der Entwicklung des Unternehmens und anderseits von immenser Bedeutung für den Aufbau langjähriger, erfolgreicher Kundenbeziehungen.



Auf die Förderung des eigenen Nachwuchses legen wir in unserem Hause schon seit langem besonderen Wert. Es ist unser Ziel, jungen interessierten Menschen eine qualifizierte und nachhaltige Ausbildung zu ermöglichen. Zum Ende des Geschäftsjahres 2010 befanden sich insgesamt sechs Auszubildende im Berufsbild Bankkaufmann in der Ausbildung.

Gleichermaßen stellen wir internen Aufstieg über den externen Einstieg. Dabei identifizieren wir die in unserem Haus vorhandenen Potenziale für weiterführende Managementaufgaben und sichern damit eine Entwicklung von Führungskräften aus eigenen Reihen.

#### Kontinuierliche Personalentwicklung

Die Kompetenzen und Fähigkeiten, das Engagement und die Kreativität unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind Grundlage unseres geschäftlichen Erfolges.

Die speziellen Anforderungen unserer Kundenzielgruppen fordern unseren Mitarbeiterinnen und
Mitarbeitern detaillierte Kenntnisse der einzelnen
Marktsegmente ab. Nicht allein die finanzwirtschaftlichen Aspekte müssen bekannt sein. Auch
besteht die Herausforderung, betriebswirtschaftliche Notwendigkeiten, gesetzliche Rahmenbedingungen, satzungsbedingte Vorgaben, ethische
und moralische Grundsätze sowie demographische Prozesse analytisch zu verknüpfen, um daraus unseren Kunden unter anderem passgenaue
Finanzierungsmodelle zu empfehlen.

Auf der Basis von jährlichen Mitarbeitergesprächen werden der individuelle Qualifizierungsbedarf ermittelt und geeignete Maßnahmen zur Kompetenzentwicklung vereinbart. Wie in den Jahren zuvor haben wir daher auch im Jahr 2010 hohe Investitionen in die arbeitsplatzbezogene und persönliche Weiterentwicklung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter getätigt.





Hier lag der Fokus auf fachlichen Qualifizierungsmaßnahmen, dem Coaching sowie der Führungskräfteentwicklung und –beratung. Dazu setzen wir sowohl standardisierte als auch individualisierte Trainings ein, um dem Bedarf der jeweiligen Mitarbeiter gerecht zu werden.

Um die Kenntnisse unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aktuell zu halten, sieht unser Personalentwicklungskonzept neben Basisfortbildungen regelmäßige Seminare zu Neuerungen in sozial- und gesundheitsrelevanten Themen vor. Durch die Förderung der Lernkultur gewährleisten wir somit dauerhaft die individuelle Beschäftigungsfähigkeit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Darüber hinaus nutzen zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Möglichkeit, sich über die finanzielle Studienförderung in volks- und betriebswirtschaftlichen sowie juristischen Studiengängen nebenberuflich fortzubilden. Die Studienkosten werden von der Bank übernommen und können durch eine entsprechende Betriebszugehörigkeit nach Studienabschluss abgegolten werden. Hierdurch wird der Wissenstransfer aus



dem Hochschulbereich in die Bank für Sozialwirtschaft AG gewährleistet.

# Gesellschaftliches Engagement

Das aktive gesellschaftliche Engagement unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in vielfältiger Form zu fördern, betrachten wir als Verpflichtung. Zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ehrenamtlich in sozialwirtschaftlichen Unternehmen und Organisationen tätig.

# Flexible und familienbewusste Arbeitszeitmodelle

Es ist uns ein besonderes Anliegen, für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Elternzeit Möglichkeiten zu bieten, mit deren Hilfe Familie und Beruf in Einklang gebracht werden können. Gemeinsam erarbeiten wir Arbeitsbedingungen und -zeitmodelle, die die individuellen Bedürfnisse des Einzelnen berücksichtigen.

So bietet die Bank Beschäftigten bereits während ihrer Elternzeit die Möglichkeit, in Teilzeit zu arbeiten oder Aushilfs- und Vertretungstätigkeiten zu übernehmen. Die zeitlich begrenzte Übernahme einer Teilzeitstelle gibt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Chance, sich während besonders betreuungsintensiver Phasen auf Familienaufgaben zu konzentrieren. Dies beinhaltet für die Betroffenen die Chance, ihren individuellen Qualifikationsstand zu erhalten, zu vertiefen und weiter auszubauen. Zudem bleibt die soziale Verflechtung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter untereinander erhalten, die die Wiedereingliederung in den Kollegenkreis auch nach einer längeren Freistellung unterstützt.

Soweit es die betrieblichen Rahmenbedingungen ermöglichen, werden sämtliche Wünsche nach Teilzeitarbeitsplätzen nach der Elternzeit realisiert, was durch diverse Möglichkeiten flexibler Arbeitszeiteinteilung unterstützt wird.

In diesem Zusammenhang bewährt sich schon seit einigen Jahren das Vertrauensarbeitszeitmodell. Es bietet den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die flexible Handhabung des Arbeitsaufkommens und die Gewissheit, dass Mehrarbeit durch Freizeitausgleich eine gerechte Balance findet. Für die Bank hat dieses System den Vorteil, dass die Arbeitskraft des Personals in angemessener Auslastung eingesetzt werden kann.

Darüber hinaus bieten wir weiterhin einen gleitenden Übergang in den Ruhestand an. Die Absprache der Arbeitszeit erfolgt in Abhängigkeit von den betriebsspezifischen Notwendigkeiten und den individuellen Wünschen des Arbeitnehmers. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die über 55 Jahre alt sind, können – nach verschiedenen Modellen – die Arbeitszeit reduzieren. Hierdurch entstehen Freiräume, die je nach Einzelbedarf genutzt werden können.

#### Dank an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Einsatzbereitschaft, Leistungsorientierung und Professionalität unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren für das gute Ergebnis im vergangenen Geschäftsjahr ausschlaggebend. Dieses Engagement und die ausgeprägte Kundenorientierung verleihen der Bank für Sozialwirtschaft AG das bekannte Gesicht.

Der Vorstand dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre Initiative und ihre Leistung. Wir sind überzeugt, dass wir die Bank mit dem Können, der Begeisterung und der Energie unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in eine erfolgreiche Zukunft führen können.

# Entwicklung der verbundenen Unternehmen

#### BFS Service GmbH

Die BFS Service GmbH hat ihr Wachstum im Geschäftsjahr 2010 weiter beschleunigt. Zum vierten Mal in Folge konnte sie das beste Ergebnis in ihrer Unternehmensgeschichte erzielen: Der Umsatz erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 12,4 % auf 6,9 Mio. EUR. Der Gewinn konnte auf fast 3,0 Mio. EUR gesteigert werden (+ 28,5 %). Das hervorragende Ergebnis ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Factoring-Angebote der BFS Service GmbH von einer wachsenden Zahl von Kunden in Anspruch genommen werden.

#### Factoring

Hauptgeschäftsfeld der BFS Service GmbH ist die Vorfinanzierung von Forderungen durch Online-Factoring. Die BFS Service GmbH kauft im Rahmen von unechtem Factoring auf Rechnung und im Namen der Bank für Sozialwirtschaft AG Forderungen von Kunden aus der Sozial- und Gesundheitswirtschaft an. Der angekaufte Forderungsbetrag wird bei der Bank für Sozialwirtschaft AG als Forderung an Kunden erfasst und durch die sukzessive eingehenden Zahlungen der Leistungsträger zurückgeführt.

Die Nachfrage von Einrichtungen und Unternehmen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft nach dieser Finanzierungsform wächst seit Jahren; mit einer weiteren Steigerung wird gerechnet. Hintergrund dafür ist insbesondere die zunehmende Tendenz der Kostenträger zu einer Verlängerung der Zahlungsziele und der dadurch wachsende Liquiditätsbedarf. Dieser Entwicklung begegnet die BFS Service GmbH mit einem flexiblen Leistungspaket, das speziell auf die Einzelbranchen des Sozial- und Gesundheitswesens (ambulante Pflegedienste, Rettungsdienste, Altenheime, Krankenhäuser etc.) zugeschnitten ist.

Ziel der BFS Service GmbH ist es, ihre Leistungen in diesem Segment weiter auszubauen, um weitere

Zielgruppen zu erreichen. Im Berichtsjahr wurde daher das Online-Factoring-Angebot im Geschäftsfeld der sonstigen Dienstleister im Gesundheitswesen (u. a. Sanitätshäuser, Orthopädieschuhmacher, Reha- und Medizintechnikanbieter) weiterentwickelt. Unter dem Motto "Verbindungen schaffen Mehrwert" wurde über Kooperationspartner die integrative Vorfinanzierungslösung Online-Factoring am Markt platziert.

Erstmals in der Geschichte der BFS Service GmbH wurden mehr als 600 Mio. EUR Forderungen gegenüber Kostenträgern angekauft. Factoring wurde besonders verstärkt nachgefragt von Krankenhäusern (+ 16 %), ambulanten Pflegediensten (+ 19 %) und sonstigen Leistungserbringern im Gesundheitswesen (+ 33 %). Diese Gruppierung des Gesundheitswesens soll künftig über neue Angebote noch intensiver angesprochen werden.

Das Leistungsspektrum für Pflegedienste und Sozialstationen wurde durch die Beteiligung der BFS Service GmbH an der BFS Abrechnungs GmbH wesentlich erweitert.

# BFS Abrechnungs GmbH

Die BFS Abrechnungs GmbH ist ein Joint Venture zwischen der BFS Service GmbH, Köln, und der MediFox GmbH & Co. KG, Hildesheim. MediFox ist marktführender Anbieter von Software für Pflegedienste und Sozialstationen. Beide Unternehmen gemeinsam betreiben die BFS Abrechnungs GmbH. Ihre Dienstleistungen richten sich an Träger mit und ohne Vorfinanzierungsbedarf, die über ein Abrechnungszentrum abrechnen wollen.

Seit Ende März 2010 bietet das neue Unternehmen Pflegediensten und Sozialstationen Abrechnungsdienstleistungen und Factoring an. Zum Leistungsspektrum gehören unter anderem die Rechnungsstellung, das Clearing mit den Kassen, das Mahnwesen und die Überweisung aller ausstehenden Forderungen auf Wunsch bereits nach

drei Arbeitstagen. Das Angebot kommt dem Bedarf vieler Kunden entgegen, angesichts wachsender Anforderungen seitens der Kostenträger Abrechnungsleistungen an externe Dienstleister auszulagern und zugleich ihre Liquiditätssituation zu verbessern. Neu im Markt der ambulanten Pflege ist bei diesem Angebot die volle Integration der externen Abrechnungsdienstleistung innerhalb einer Branchenlösung.

Der Start des Unternehmens war erfolgreich: Per 31. Dezember 2010 gab es 171 Vertragsabschlüsse; 119 Kunden waren bereits in der Abrechnung aktiv. Die Nachfrage nach den Leistungen der BFS Abrechnungs GmbH lässt ein stetiges Wachstum dieses neuen Geschäftbereichs erwarten.

#### Fortbildung

Ihre Marktposition als innovativer Anbieter von Ein- bis Zweitagesseminaren zu aktuellen betriebswirtschaftlichen und juristischen Fragestellungen der Sozialwirtschaft konnte die BFS Service GmbH im Berichtsjahr weiter festigen. Insbesondere die Seminare zu den Rechten und Pflichten von Geschäftsführern und Prokuristen in der steuerbegünstigten GmbH, zu Finanz- und Liquiditätsplanung in sozialwirtschaftlichen Einrichtungen, zum Umsatzsteuerrecht und zum Betriebsverfassungsrecht waren sehr gut besucht.

Ziel der BFS Service GmbH in diesem Geschäftsbereich ist es, stets frühzeitig zukunftsweisende Seminarthemen anzubieten, die die aktuellen Herausforderungen für Führungskräfte in der Sozialwirtschaft aufgreifen und praxisorientiert in Einzelfragestellungen umsetzen. Darin wird sie durch ein Netzwerk von internen und externen Experten unterstützt, die die Entwicklungen in der Sozialwirtschaft verfolgen.

### Betriebsvergleiche

Seit vielen Jahren gehören zum Angebot der BFS Service GmbH Betriebsvergleiche für die ambulante und die stationäre Altenhilfe sowie für Werkstätten für behinderte Menschen. Sie bieten ein rein datengestütztes Benchmarking, das durch den persönlichen Austausch der Teilnehmer in Benchmarking-Kreisen ergänzt wird. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass die Betriebsvergleiche dem Management Hinweise auf Verbesserungspotentiale geben und Veränderungsprozesse in den Einrichtungen anstoßen. Die Betriebsvergleiche haben inzwischen zahlreiche langjährige Nutzer, die den regelmäßigen Überblick über aussagekräftige Daten ihres Unternehmens zu schätzen gelernt haben.

#### Ausblick

Die BFS Service GmbH hat sich in den letzten Jahren sehr dynamisch entwickelt. Ein weiteres Wachstum strebt sie durch eine stärkere Differenzierung ihrer Angebote an. Für das laufende Geschäftsjahr ist die Einführung einer vereinfachten Abwicklung des integrativen Online-Factoring für Sanitätshäuser, Orthopädieschuhmacher, Rehaund Medizintechnikanbieter geplant, die den Anforderungen dieser Branchen noch besser gerecht wird.

Ihre Geschäftsperspektiven für die nächsten Jahre schätzt die BFS Service GmbH weiterhin positiv ein: Im Wachstumsmarkt Sozial- und Gesundheitswirtschaft werden insbesondere die Dienstleistungen im Pflege- und Gesundheitsbereich und deren Abrechnungsvolumina weiterhin steigen. Auch stoßen die Angebote der BFS Service GmbH im Markt der sonstigen Leistungserbringer auf zunehmende Resonanz. Beides wird zu einem nachhaltigen Umsatz- und Ergebniswachstum beitragen.

Vor diesem Hintergrund ist zum jetzigen Zeitpunkt sowohl für das laufende Geschäftsjahr 2011 als auch für das Geschäftsjahr 2012 von einer erfolgreichen Entwicklung der BFS Service GmbH auszugehen.

#### IS Immobilien-Service GmbH

Die IS Immobilien-Service GmbH hat im Geschäftsjahr 2010 das beste Ergebnis ihrer fast 20jährigen Firmengeschichte erzielt. Der Jahresüberschuss 2010 liegt bei 911 TEUR und konnte damit nahezu verdoppelt werden (2009: 459 TEUR). Dieses hervorragende Ergebnis ist auf zwei Faktoren zurückzuführen: Zum einen nahm die Nachfrage in den Kerngeschäftsfeldern Standort- und Wettbewerbsanalyse, Beleihungswertgutachten und Beratungsleistungen weiter zu. Der Umsatz in diesen Bereichen wurde um ca. 15 Prozent gesteigert. Zum anderen wurde durch den Verkauf einer Firmenbeteiligung ein außerordentlicher Ertrag in Höhe von 362 TEUR erzielt.

Die positive Entwicklung der IS Immobilien-Service GmbH steht in einem engen Zusammenhang mit dem starken Wachstum im langfristigen Kundenkreditgeschäft der Bank für Sozialwirtschaft AG: Vorrangiges Ziel der Dienstleistungen der IS Immobilien-Service GmbH ist eine zuverlässige Einschätzung der Zukunftsfähigkeit von Investitionsvorhaben.

# Standort- und Wettbewerbsanalysen

Für den langfristigen wirtschaftlichen Erfolg von Pflegeimmobilien ist die Wettbewerbsfähigkeit eines Objektes entscheidend. Diese prüft die IS Immobilien-Service GmbH im Rahmen ihrer Standort- und Wettbewerbsanalyse detailliert. Durchleuchtet werden u. a. das Pflegekonzept, dessen Passgenauigkeit zur architektonischen Planung und die Stellung des Betreibers am Markt. In 2010 wurden 120 Standort- und Wettbewerbsanalysen durchgeführt. Zugenommen hat dabei

der Anteil externer Auftraggeber, die ihre Finanzierung nicht über die Bank für Sozialwirtschaft AG planen. Diese Entwicklung generiert für die IS Immobilien-Service GmbH nicht nur höhere Erträge, sondern zeigt auch die wachsende Akzeptanz ihrer Standort- und Wettbewerbsanalysen am Markt.

Um diese weiter zu erhöhen, hat die IS Immobilien-Service GmbH im Geschäftsjahr 2010 eine vollständige Restrukturierung der Standort- und Wettbewerbsanalyse vorgenommen. Die Analysesystematik wurde noch stärker als bisher auf die in der Praxis relevanten Erfolgsparameter ausgerichtet. Unter anderem durch zwei speziell für die IS entwickelte neue Analyseinstrumente wurde die Aussagequalität deutlich erhöht: Die neue Standort- und Wettbewerbsanalyse implementiert eine Geoinformationssoftware und setzt ein innovatives Bedarfsermittlungsmodell ein.

Die Geoinformationssoftware verknüpft ein umfangreiches Datawarehouse für bundesweite mikro-geographische Regionalstatistiken mit Daten zur tatsächlichen Inanspruchnahme stationärer Pflege in einem jeweils definierten regionalen Umfeld. Die Daten können analysiert, in verschiedenen Formen aufbereitet und plastisch dargestellt werden. Sie bilden zugleich die Basis für das neue Bedarfsermittlungsmodell, das von der Forschungsgesellschaft für Gerontologie (FfG), einem Institut an der Universität Dortmund, entwickelt wurde. Statt - wie marktüblich - den Bedarf an Pflegeplätzen auf der Basis von allgemein gültigen Pflegequoten zu prognostizieren, nutzt das neue Bedarfsermittlungsmodell die Ist-Zahlen auf lokaler Ebene und kombiniert diese mit den Bevölkerungsstrukturdaten. Die Aussage zum Bedarf wird damit wesentlich qualifizierter. Die neue Analyse wird seit Januar 2011 eingesetzt. Wegen der vielfältigen Datenquellen und deren spezifischen Verknüpfungen ist sie einmalig am Markt.

#### Beleihungswertgutachten

Im Geschäftsbereich der Beleihungswertgutachten konnte die IS Immobilien-Service GmbH im Geschäftsjahr 2010 weitere Zuwächse verzeichnen. Insgesamt wurden mehr als 250 Gutachten zum Sicherheitenwert von geplanten Objekten und Bestandsimmobilien durchgeführt (2009: 240). Das Gesamtvolumen der bewerteten Objekte lag bei 1,25 Mrd. EUR. Die Beleihungswertgutachten der IS Immobilien-Service GmbH zeichnen sich dadurch aus, dass sie die Spezifika der Sozialwirtschaft berücksichtigen, die sich u. a. aus dem Spannungsverhältnis zwischen zweckgebundenen räumlichen Konzeptionen, der Einbeziehung öffentlicher Kostenträger und der häufig ideellen Ausrichtung der Bauherren und Betreiber ergeben. Da die hohe Nachfrage nach Beleihungsgutachten als anhaltend eingeschätzt wird, hat die IS Immobilien-Service GmbH in 2010 ihren externen Gutachterpool erneut erweitert.

Erstmals in 2010 wurde die Datenbank zu den Markt- und Beleihungswerten der begutachteten Objekte auch zur Erstellung eines Marktschwankungskonzeptes für die Bank für Sozialwirtschaft genutzt. Aufgrund aufsichtsrechtlicher Vorgaben ist die Bank verpflichtet, die Wertentwicklung zu beobachten und ein entsprechendes Instrumentarium vorzuhalten, das auch eine entsprechende Historie zeigt. Die Datenbank der IS Immobilien-Service GmbH wurde seit 2007 sukzessive aufgebaut. Die Auswertung für das Marktschwankungskonzept erfolgt künftig jährlich nach Ende des Geschäftsjahres.

### Pflegeimmobilienfonds A.B. SANIGA

Als Berater des Fondsmanagements für den Pflegeheimfonds A.B. SANIGA der Aachener Grundvermögen Kapitalanlagegesellschaft mbH hat die IS Immobilien-Service GmbH im Berichtsjahr ein neues Objekt mit einem Gesamtvolumen von 6,75 Mio. EUR vermittelt.

Da der A.B. SANIGA insgesamt eine Beschleunigung des Investitionstempos anstrebt, wurden die Beratungsleistungen der IS Immobilien-Service GmbH im Berichtsjahr verstärkt in Anspruch genommen. Von der höheren Zahl an Prüfungsund Bewertungsaufträgen wird die IS Immobilien-Service GmbH langfristig profitieren.

#### **BFS Mezzanine Fonds**

Im Mai 2010 wurde der BFS Mezzanine Fonds II gegründet, für den die IS Immobilien-Service GmbH im Auftrag der Bank für Sozialwirtschaft AG die Geschäftführung übernommen hat. Ebenso wie der erste BFS Mezzanine Fonds ist er rechtlich auf die Anforderungen der gemeinnützigen Sozialwirtschaft zugeschnitten. Der Fonds investiert über Genussrechte in sozialwirtschaftliche Unternehmen. Anlegern wird eine Kommanditbeteiligung in einem geschlossenen vermögensverwaltenden Fonds angeboten.

Im Berichtsjahr stand im Mittelpunkt der Geschäftstätigkeit die Suche nach Zielunternehmen, für die die Inanspruchnahme von Mezzanine-Kapital in Frage kommt. Erste Verträge mit Mezzanine-Nehmern wurden geschlossen. In 2011 kommt die Suche nach den Kapitalgebern hinzu. Die Emissionsphase des Fonds endet am 31. Dezember 2011.

# Ausblick

Die ersten Wochen des Jahres 2011 zeigten eine unvermindert starke Nachfrage nach den Dienstleistungen der IS Immobilien-Service GmbH. Insbesondere von ihrer restrukturierten Standortund Wettbewerbsanalyse erwartet das Unternehmen eine weitere Verbesserung seiner Stellung am Markt und Impulse für seine gesamte weitere Geschäftstätigkeit. Daher geht die IS Immobilien-Service GmbH davon aus, dass sie ihre positive Entwicklung in 2011 weiter fortsetzen wird.

Der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse haben sich während des gesamten Geschäftsjahres in regelmäßigen Sitzungen und aufgrund schriftlicher Berichte vom Vorstand umfassend über die Lage und Entwicklung der Bank für Sozialwirtschaft AG sowie über alle wichtigen Geschäftsvorfälle, Geschehnisse und Fragestellungen informieren lassen.

Auf dieser Basis hat der Aufsichtsrat die Führung der Geschäfte der Bank kontinuierlich überwacht und die sich daraus ergebenden geschäftspolitischen Entscheidungen gemeinsam mit dem Vorstand beraten. Seine gesetzlichen und satzungsmäßigen Aufgaben hat er wahrgenommen. Über Kredite, die nach dem Gesetz über das Kreditwesen zustimmungspflichtig sind, hat der Kreditausschuss des Aufsichtsrates nach Prüfung und Abstimmung mit dem Vorstand entschieden.

Turnusgemäß wechselte in 2010 der Vorsitz im Aufsichtsrat. Am 18. Juni 2010 übergab Herr Dr. Wolfgang Teske, Vizepräsident des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland e. V., Stuttgart, den Vorsitz im Aufsichtsrat an Herrn Dr. Robert Batkiewicz, Stiftungsdirektor der Caritas Stiftung Deutschland, Köln. Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender blieb Herr Michael Warman, stellv. Vorsitzender der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V., Frankfurt am Main.

Ebenfalls am 18. Juni 2010 schied Herr Rainer Brückers, Geschäftsführer und Bundesvorstandsmitglied i. R. der AWO – Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V., Berlin, auf eigenen Wunsch aus dem Aufsichtsrat aus. Der Aufsichtsrat dankt Herrn Brückers für seine langjährige engagierte Tätigkeit und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute. Als Nachfolger wurde am 18. Juni 2010 Herr Hans-Peter Niemeier, Mitglied des Vorstandes bei der AWO-Arbeiterwohlfahrt – Bundesverband e. V., Berlin, bestellt.

Der Jahresabschluss 2010 wurde von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO Deutsche Warentreuhand AG, Frankfurt, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag des Vorstandes zur Verwendung des Bilanzgewinns geprüft. Er hat das Ergebnis des Abschlussprüfers ohne Beanstandung zur Kenntnis genommen und billigt den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss.

Der Aufsichtsrat dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank und ihrer Tochtergesellschaften für ihr Engagement und ihren Erfolg im Geschäftsjahr 2010. Ebenso dankt er den Mitgliedern des Zentralbeirates für ihre aktive Unterstützung der Bank.

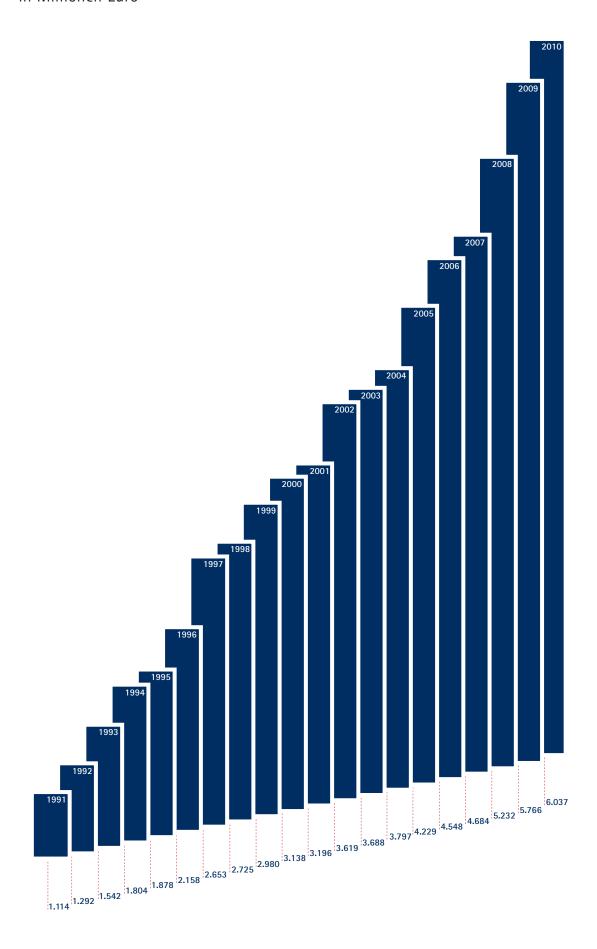
Mainz, den 4. Mai 2011

Der Aufsichtsrat



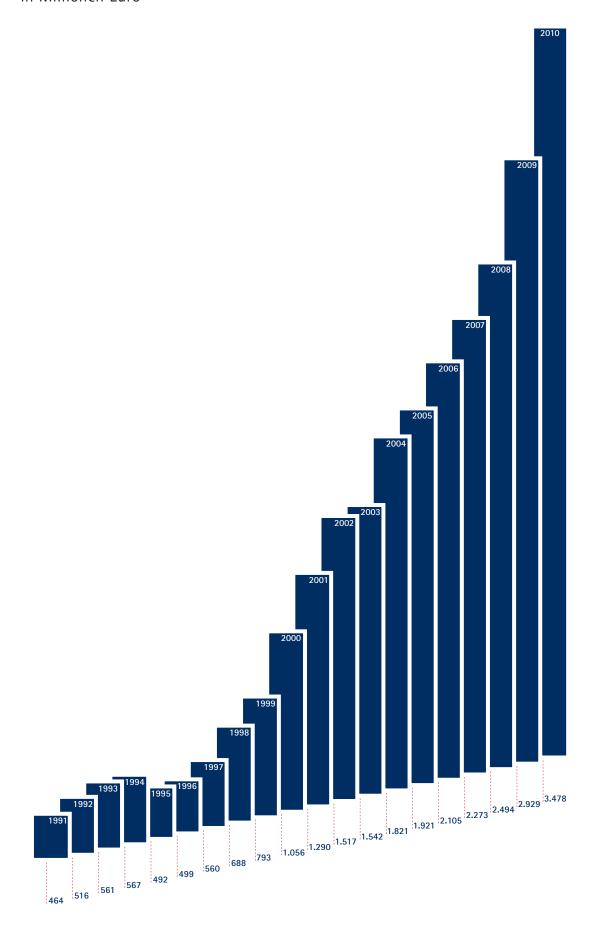
Geschäftsbericht 2010

in Millionen Euro

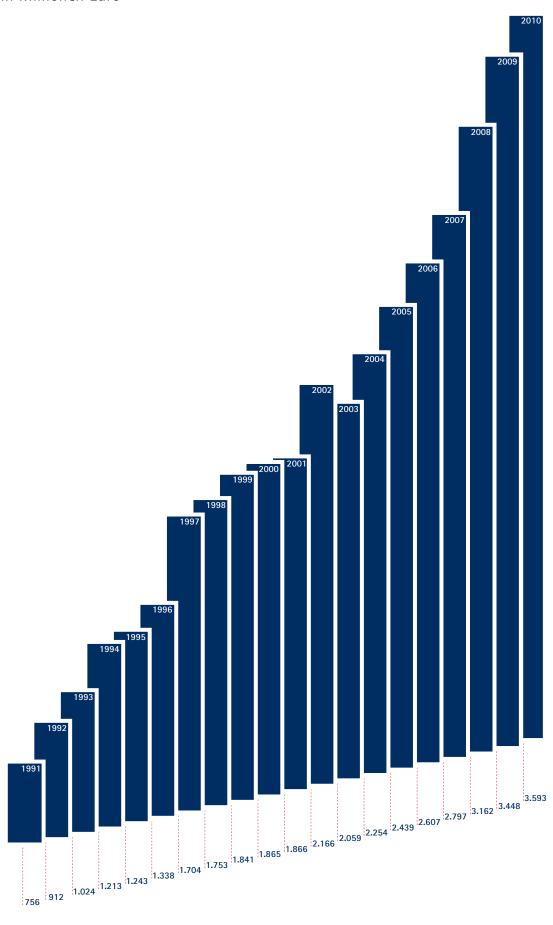


Geschäftsbericht 2010

in Millionen Euro



in Millionen Euro



# zum 31. Dezember 2010 der Bank für Sozialwirtschaft Aktiengesellschaft, Berlin und Köln

| Akt | ivseite  | Euro                               | Euro                                     | Euro             | Vorjahr TEUR                                     |
|-----|--|------------------------------------|--|------------------|--|
| 1.  | Barreserve a) Kassenbestand b) Guthaben bei Zentralnotenbanken darunter: bei der Deutschen Bundesbank c) Guthaben bei Postgiroämtern   | 122.295.154,46                     | 907.718,57<br>122.295.154,46<br>-,       | 123.202.873,03   | 17.512   |
| 2.  | Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen b) Wechsel   |                                    | 747<br>747                               | 7,77             | -<br>-   |
| 4.  | Forderungen an Kreditinstitute a) täglich fällig b) andere Forderungen   |                                    | 2.845.124,70<br>28.620.246,46            | 31.465.371,16    | 31.557   |
| 4.  | Forderungen an Kunden darunter: durch Grundpfandrechte gesichert Kommunalkredite   | 1.016.535.039,13<br>277.141.046,81 |  | 3.478.426.071,08 | 2.928.747<br>(782.860)<br>(21.505)               |
| 5.  | Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere a) Geldmarktpapiere aa) von öffentlichen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank ab) von anderen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank b) Anleihen und Schuldverschreibungen   | <br>                               | 767<br>767                               |                  | -  |
|     | ba) von öffentlichen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank bb) von anderen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank c) eigene Schuldverschreibungen Nennbetrag  | 348.932.066,73<br>1.685.894.934,46 | 348.932.066,73<br>1.715.432.460,87<br>-, | 2.064.364.527,60 | 570.823<br>(570.823)<br>1.891.560<br>(1.862.113) |
| 6.  | Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere   | =,                                 |  | 89.329.404,35    | 85.078   |
| 6a. | Handelsbestand   |                                    |  | -,               | -  |
| 7.  | Beteiligungen<br>darunter: an Kreditinstituten<br>an Finanzdienstleistungsinstituten   | -y<br>-y                           |  | -,               | -<br>-<br>-                                      |
| 8.  | Anteile an verbundenen Unternehmen<br>darunter: an Kreditinstituten<br>an Finanzdienstleistungsinstituten  | -,<br>9.500.000,00                 |  | 19.991.928,67    | 10.992<br>-<br>(500)                             |
| 9.  | Treuhandvermögen<br>darunter: Treuhandkredite  | 174.963.095,55                     |  | 174.963.095,55   | 171.884<br>(171.884)                             |
| 10. | Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand<br>einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch  |                                    |  | -,               | -  |
| 11. | Immaterielle Anlagewerte a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten c) Geschäfts- oder Firmenwert d) geleistete Anzahlungen |                                    | -,<br>16.178.503,00<br>-,<br>708.249,09  | 16.886.752,09    | 17.376<br>-<br>-                                 |
| 12. | Sachanlagen  |                                    |  | 24.444.955,69    | 25.000   |
| 13. | Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital darunter: eingefordert  | 7                                  |  | -,               | -  |
| 14. | Sonstige Vermögensgegenstände  |                                    |  | 10.094.640,76    | 10.757   |
| 15. | Rechnungsabgrenzungsposten   |                                    |  | 4.337.831,78     | 4.682  |
| 16. | Aktive latente Steuern   |                                    |  | -,               | -  |
| 17. | Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung  |                                    |  | -,               | -  |
| 18. | Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag  |                                    |  | -,               | -  |
| Sun | nme der Aktiva   |                                    |  | 6.037.507.451,76 | 5.765.968  |

| Pass | ivseite  | Euro   | Euro                                 | Euro             | Euro             | Vorjahr TEl        |
|------|--|--------|--------------------------------------|------------------|------------------|--------------------|
| 1.   | Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten                         |        |                                      |                  |                  |                    |
|      | a) täglich fällig  |        |                                      | 253.985.867,58   |                  | 164.93             |
|      | b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist                    |        |                                      | 1.588.613.329,30 | 1.842.599.196,88 | 1.598.7            |
| 2.   | Verbindlichkeiten gegenüber Kunden                                   |        |                                      |                  |                  |                    |
|      | a) Spareinlagen  |        |                                      |                  |                  |                    |
|      | aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist                                 |        |                                      |                  |                  |                    |
|      | von drei Monaten   |        | 54.176.286,64                        |                  |                  | 49.7               |
|      | ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist                                 |        |                                      |                  |                  |                    |
|      | von mehr als drei Monaten  |        | 6.644.286,35                         | 60.820.572,99    |                  | 5.5                |
|      | b) andere Verbindlichkeiten ba) täglich fällig                       |        | 2 425 120 624 21                     |                  |                  | 2 102 5            |
|      | bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist                   |        | 2.425.130.624,21<br>1.106.993.856,11 | 3.532.124.480,32 | 3.592.945.053,31 | 2.162.5<br>1.230.6 |
|      |  |        | 1.100.333.630,11                     | 3.332.124.460,32 | 3.332.343.033,31 | 1.230.0            |
| 3.   | Verbriefte Verbindlichkeiten   |        |                                      | F04 000 00       |                  |                    |
|      | a) begebene Schuldverschreibungen                                    |        |                                      | 531.320,82       | F04 000 00       | 1.1                |
|      | b) andere verbriefte Verbindlichkeiten<br>darunter: Geldmarktpapiere |        |                                      | -,               | 531.320,82       |                    |
|      | eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf                             | -,     |                                      |                  |                  |                    |
| 2.0  | Handelsbestand   | -,     |                                      |                  |                  |                    |
|      |  |        |                                      |                  | -,               |                    |
| 4.   | Treuhandverbindlichkeiten  |        |                                      |                  | 174.963.095,55   | 171.8              |
|      | darunter: Treuhandkredite 174.963.                                   | 095,55 |                                      |                  |                  | (171.8             |
| 5.   | Sonstige Verbindlichkeiten   |        |                                      |                  | 2.856.570,59     | 2.8                |
| 6.   | Rechnungsabgrenzungsposten   |        |                                      |                  | 8.210.430,24     | 6.                 |
| 6a.  | Passive latente Steuern  |        |                                      |                  | -,               |                    |
| 7.   | Rückstellungen   |        |                                      |                  |                  |                    |
|      | a) Rückstellungen für Pensionen und                                  |        |                                      |                  |                  |                    |
|      | ähnliche Verpflichtungen   |        |                                      | 7.969.467,86     |                  | 7.                 |
|      | b) Steuerrückstellungen  |        |                                      | 6.037.840,00     |                  | 15.1               |
|      | c) andere Rückstellungen   |        |                                      | 13.660.892,62    | 27.668.200,48    | 16.0               |
| 8.   | (weggefallen)  |        |                                      |                  | =,               |                    |
| 9.   | Nachrangige Verbindlichkeiten  |        |                                      |                  | 85.771.211,70    | 76.4               |
| 10.  | Genussrechtskapital  |        |                                      |                  | 26.700.000,00    | 26.7               |
|      | darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig                          |        |                                      |                  |                  |                    |
| 11.  | Fonds für allgemeine Bankrisiken                                     |        |                                      |                  | 5.200.000,00     | 5.2                |
| 12.  | Eigenkapital   |        |                                      |                  |                  | <u> </u>           |
|      | a) gezeichnetes Kapital  |        |                                      | 36.400.000,00    |                  | 36.4               |
|      | b) Kapitalrücklage   |        |                                      | 43.263.228,45    |                  | 43.2               |
|      | c) Gewinnrücklagen   |        |                                      |                  |                  |                    |
|      | ca) gesetzliche Rücklage   |        | -,                                   |                  |                  |                    |
|      | cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden                       |        |                                      |                  |                  |                    |
|      | oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen                            |        | -,                                   |                  |                  |                    |
|      | cc) satzungsmäßige Rücklagen   |        | -,                                   | 400 000 000 00   |                  |                    |
| -17  | cd) andere Gewinnrücklagen   |        | 138.000.000,00                       | 138.000.000,00   | 270 000 070 40   | 93.6               |
| dΙ   | Bilanzgewinn/Bilanzverlust   |        |                                      | 52.399.143,74    | 270.062.372,19   | 51.4               |

| Summe der Passiva   |                | 6.037.507.451,76 | 5.765.968 |
|---|----------------|------------------|-----------|
| Eventualverbindlichkeiten   |                |                  |           |
| a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln     | =,             |                  | -         |
| b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen      | 68.009.548,72  |                  | 65.037    |
| c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten | =,             | 68.009.548,72    | -         |
| Andere Verpflichtungen  |                |                  |           |
| a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften                 | -,             |                  | -         |
| b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen                               | -,             |                  | -         |
| c) Unwiderrufliche Kreditzusagen  | 486.474.083,81 | 486.474.083,81   | 391.898   |

# Gewinn und Verlustrechnung

der Bank für Sozialwirtschaft Aktiengesellschaft, Berlin und Köln für die Zeit vom 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2010

|              |  | Euro          | Euro                                 | Euro           | Vorjahr TEUR       |
|--------------|--|---------------|--------------------------------------|----------------|--------------------|
| <del>-</del> | <b>Zinserträge aus</b><br>a) Kredit- und Geldmarktgeschäften<br>b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen                                  |               | 162.040.119,48<br>54.278.201,73      | 216.318.321,21 | 144.589            |
| 2.           | Zinsaufwendungen   |               |                                      | 102.484.264,50 | 116.855            |
| ri<br>ei     | Laufende Erträge aus<br>a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren<br>b) Beteiligungen<br>c) Anteilen an verbundenen Unternehmen             |               | 3.265.138,39<br>182,00<br>485.344,94 | 3.750.665,33   | 3.104<br>26<br>243 |
| 4            | Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinn-<br>abführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen  |               |                                      | 3.902.998,28   | 2.671              |
| ហំ           | Provisionserträge  |               |                                      | 7.273.232,30   | 7.602              |
| 9            | Provisionsaufwendungen   |               |                                      | 3.377.671,40   | 2.980              |
| 7.           | Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands<br>Sonstige betriebliche Erträge   |               |                                      | 2.574.415,87   | 2.002              |
| 6            | (weggefallen)  |               |                                      |                |                    |
| 10.          | Allgemeine Verwaltungsaufwendungen a) Personalaufwand aa) Löhne und Gehälter ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung | 22.123.884,82 | 26.238.622,82                        |                | 20.514             |
|              | darunter: für Altersversorgung Euro 1.154.718,99<br>b) andere Verwaltungsaufwendungen  |               | 18.904.350,29                        | 45.142.973,11  | (1.657)<br>16.600  |
| 11.          | Abschreibungen und Wertberichtigungen auf<br>immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen  |               |                                      | 4.791.853,74   | 4.529              |
| 12.          | Sonstige betriebliche Aufwendungen   |               |                                      | 1.065.721,36   | 782                |
| 13.          | Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen<br>und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu<br>Rückstellungen im Kreditgeschäft                  |               |                                      | ŀ              | 1                  |
| 4.           | Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und<br>bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung<br>von Rückstellungen im Kreditgeschäft                     |               |                                      | 1.982.801,56   | 7.648              |
| 15.          | Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen,<br>Anteile an verbundenen Unternehmen<br>und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere              |               |                                      | ŀ              | 1                  |

|     | To. Ertrage aus Zuschreibungen zu beteinigungen,<br>Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie<br>Anlagevermögen behandelten Wertpapieren |           | Ļ                   | 1      |
|-----|--|-----------|---------------------|--------|
| 17. | Aufwendungen aus Verlustübernahme  |           |                     | '      |
| 18. | (weggefallen)  |           |                     |        |
| 19. | Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit   | 7         | 78.939.950,44       | 74.011 |
| 20. | Außerordentliche Erträge   |           |                     | '      |
| 21. | Außerordentliche Aufwendungen  | 00'02     |                     | ı      |
| 22. | Außerordentliches Ergebnis   |           | -2.890.570,00       | 1      |
| 23. | Steuern vom Einkommen und vom Ertrag   | 37,95     |                     | 22.520 |
| 24. | Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen   | 59.858,12 | 23.686.596,07       | 28     |
| 25. | Erträge aus Verlustübernahme   |           | ŀ                   | ı      |
| 26. | Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs-<br>oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne                        |           | ŀ                   | I      |
| 27. | Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag  | 4)        | 52.362.784,37       | 51.434 |
| 28. | Gewinnvortrag / Verlustvortrag aus dem Vorjahr   | 4         | 44.436.359,37       | 18.102 |
|     |  | 0)        | 96.799.143,74       | 69.536 |
| 29. | Entnahmen aus der Kapitalrücklage  |           | '-                  | 1      |
|     |  | 0,        | 96.799.143,74       | 69.536 |
| 30. | Entnahmen aus Gewinnrücklagen<br>a) aus der gesetzlichen Rücklage<br>b) aus der Rücklage für Antelle an einem herrschenden                 | ļ.        |                     |        |
|     | oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen<br>c) aus satzungsmäßigen Rücklagen  | ļ. ļ.     |                     |        |
|     | d) aus anderen Gewinnrücklagen   | -         | }-                  | 1      |
|     |  | 0,        | 96.799.143,74       | 69.536 |
| 31. | Entnahmen aus Genussrechtskapital  |           |                     | 1      |
|     |  | 0,        | 96.799.143,74       | 69.536 |
| 32. | Einstellungen in Gewinnrücklagen<br>a) in die gesetzliche Rücklage<br>b) in die Rücklage für Anreile an einem herrschenden                 | -         |                     |        |
|     |  |           |                     | 1      |
|     | d) in andere Gewinnrücklagen 44.400,000,00   |           | 44.400.000,00       | 18.100 |
| 33. | 33. Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals  | 1,        | 52.399.143,74<br>-, | 51.436 |
| 34. | 34. Bilanzgewinn/Bilanzverlust   | ш)        | 52.399.143,74       | 51.436 |

Bank für Sozialwirtschaft AG, Berlin und Köln

#### A. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2010 ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in der Fassung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes vom 25. Mai 2009 (BilMoG) unter Berücksichtigung der einschlägigen Vorschriften des Aktiengesetzes und des Kreditwesengesetzes sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Die in der Bilanz und in der Gewinn- und Verlustrechnung angegebenen Vorjahresbeträge sind nicht vergleichbar, da gemäß Art. 67 Abs. 8 EGHGB auf eine Anpassung der Vorjahreszahlen verzichtet wurde.

# B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss enthält sämtliche Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten, Rückstellungen und Rechnungsabgrenzungsposten.

Bei der Bewertung der im Jahresabschluss ausgewiesenen Vermögensgegenstände und Schulden haben wir die allgemeinen Bewertungsgrundsätze des § 252 Abs. 1 HGB sowie die für Kreditinstitute geltenden Bewertungsvorschriften des § 340e HGB beachtet. Von den nach § 340f HGB gegebenen Verrechnungsmöglichkeiten für bestimmte Aufwendungen und Erträge wurde Gebrauch gemacht.

Begebene Forderungen sind grundsätzlich mit dem Nennwert angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag und Nennbetrag ist als Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen. Angekaufte Forderungen werden mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert. Allen erkennbaren Einzelrisiken sowie dem allgemeinen Risiko im Kredit-

geschäft ist durch angemessene Wertabschläge Rechnung getragen worden.

Die Wertpapiere des Umlaufvermögens, bestehend aus der Liquiditätsreserve, haben wir nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet, Zuschreibungen nach dem Wertaufholungsgebot wurden vorgenommen. Die Anschaffungskosten bei Wertpapieren der gleichen Gattung haben wir nach der Durchschnittsmethode ermittelt.

Als Beteiligungen bilanzieren wir Anteile an anderen Unternehmen ab einer Beteiligungsquote von 20 % (§ 271 Abs.1 HGB). Beteiligungsquoten unter 20 % werden in den Bilanzpositionen Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere und Sonstige Vermögensgegenstände ausgewiesen.

Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten und, soweit abnutzbar, unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen bilanziert. Für die geringwertigen Wirtschaftsgüter wurde ein Sammelposten gebildet, der im Geschäftsjahr der Bildung und in den folgenden vier Jahren zu jeweils einem Fünftel abgeschrieben wird.

Abzugrenzende Zinsen sind mit Ausnahme der Genussrechte in den jeweiligen Bilanzposten einbezogen.

Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag zuzüglich aufgelaufener Zinsen ausgewiesen. Der Unterschied zwischen Nennbetrag und Ausgabebetrag wird in die Rechnungsabgrenzung eingestellt. Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung wurde durch Bildung von Zinsrückstellungen ausreichend Rechnung getragen.

Die Rückstellungen wurden auf der Grundlage der neuen Fassung des § 253 HGB ermittelt. Anzusetzen ist hierbei der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendige Erfüllungsbetrag gemäß § 253 Abs. 1 HGB. Alle Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr wurden mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst (§ 253 Abs. 2 HGB).

Die Ermittlung der Pensionsrückstellungen erfolgte nach dem Teilwertverfahren in Verbindung mit § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB. Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden die "Richttafeln 2005G" von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet. Im Berichtsjahr wird erstmalig ein von der Deutschen Bundesbank vorgegebener durchschnittlicher Marktzinssatz von 5,16 % bei der Bewertung zugrunde gelegt (im Vorjahr 6,00 %). Gehalts- und Rentenanpassungen sind mit 2,0 % p.a. eingerechnet.

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

Eventualverbindlichkeiten werden zum Nennbetrag abzüglich eventueller Vorsorge bilanziert.

Zum Bilanzstichtag bestanden weder Forderungen noch Verbindlichkeiten in Fremdwährung.

Außerbilanzielle Finanzinstrumente, die als Sicherungsgeschäft für einzelne bilanzwirksame Geschäfte eingesetzt und mit der erforderlichen Dokumentation versehen sind, behandeln wir grundsätzlich hinsichtlich der Bewertung nach den Regeln des gesicherten Geschäfts. Dabei wurden Micro-Hedges kompensatorisch bewertet: nichtrealisierte Verluste eines Geschäftes wurden mit angefallenen nichtrealisierten Gewinnen des anderen Geschäftes verrechnet. Verlustrückstellungen sind nur in Höhe eines danach verbleibenden Nettoverlustes vorgenommen worden ("Einfrierungsmethode").

Die mit BilMoG zum Umstellungszeitpunkt

1. Januar 2010 verbundenen Wahlrechte wurden wie folgt ausgeübt:

- Von der Aktivierung von selbst geschaffenen immateriellen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens nach § 248 Abs. 2 Satz 1 HGB wird abgesehen.
- Gemäß Art. 67 Abs.1 Satz 2 EGHGB werden Rückstellungen, für die sich aufgrund der geänderten Bewertung eine Auflösung ergeben würde, beibehalten, soweit der aufzulösende Betrag bis spätestens zum 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden müsste. Die Rückstellungen für Pensionen wurden hierbei im Sinne einer Gesamtbetrachtung als ein Posten zusammengefasst, auch wenn er sich aus verschiedenen Teilen zusammensetzt.
- Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen werden nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt.
- Von dem Wahlrecht zum Ansatz aktiver latenter Steuern aufgrund sich ergebender Steuerentlastungen gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wird kein Gebrauch gemacht.
- Das Wahlrecht des Art. 67 Abs. 1 EGHGB, die erforderliche Zuführung zu den Pensionsrückstellungen auf maximal 15 Jahre zu verteilen, wird nicht in Anspruch genommen: Im Geschäftsjahr 2010 wurde der vollständige Betrag zugeführt.
- Die Vorjahreszahlen wurden gemäß Art. 67 Abs. 8 Satz 2 EGHGB nicht angepasst.

# C. Entwicklung des Anlagevermögens 2010

| a) Sachanlagen/Immaterielle Anlagewerte | Immaterielle<br>WG | Betriebs- und<br>Geschäftsausstattung | Grundstücke und<br>Gebäude | Gesamt     |
|---|--------------------|---------------------------------------|----------------------------|------------|
| in EUR                                  |                    |                                       |                            |            |
| Anschaffungs-/ Herstellungskosten       | 26.981.749         | 18.212.450                            | 44.123.208                 | 89.317.407 |
| Zugänge                                 | 2.284.128          | 1.501.058                             | 9.967                      | 3.795.153  |
| Zuschreibungen                          | -                  | -                                     | -                          | -          |
| Umbuchungen                             | -                  | -                                     | -                          | -          |
| Abgänge                                 | 11.430             | 1.123.937                             | -                          | 1.135.367  |
| Abschreibungen kumuliert                | 12.367.695         | 12.882.836                            | 25.394.954                 | 50.645.485 |
| Buchwert am Bilanzstichtag              | 16.886.752         | 5.706.735                             | 18.738.221                 | 41.331.708 |
| Abschreibungen Geschäftsjahr            | 2.765.011          | 1.041.739                             | 985.104                    | 4.791.854  |

Geringwertige Wirtschaftsgüter sind in den Zugängen des Berichtsjahres mit 76.833 EUR enthalten.

| b) Finanzanlagen              | Wertpapiere des<br>Anlagevermögens | 3 3 | Anteile an verbundenen<br>Unternehmen | Gesamt      |
|-------------------------------|------------------------------------|-----|---------------------------------------|-------------|
| in EUR                        |                                    |     |                                       |             |
| Anschaffungskosten 31.12.2009 | 7.578.767                          | -   | 10.991.929                            | 18.570.696  |
| Zugänge                       | -                                  | -   | 9.000.000                             | 9.000.000   |
| Anschaffungskosten 31.12.2010 | 7.578.767                          | -   | 19.991.929                            | 27.570.696  |
| Buchwert am Bilanzstichtag    | 7.578.767                          | -   | 19.991.929                            | 27.570.696  |
|                               |                                    |     |                                       |             |
| Anschaffungskosten 31.12.2010 | - Summe a und b -                  |     |                                       | 119.547.889 |
|                               |                                    |     |                                       |             |

# D. Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

#### I Bilanz

• Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

|  | bis 3 Monate | mehr als 3 Monate<br>bis 1 Jahr | mehr als 1 Jahr<br>bis 5 Jahre | mehr als 5 Jahre |
|--|--------------|---------------------------------|--------------------------------|------------------|
| in EUR                                       |              |                                 |                                |                  |
| andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) | 552.376      | 20.027.143                      | 8.040.727                      | -                |
| Forderungen an <b>Kunden</b> (A 4)           | 137.604.146  | 186.781.555                     | 577.960.963                    | 2.413.405.112    |

In den Forderungen an Kunden (A 4) sind 162.674.295 EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

• Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind im Folgejahr fällig:

in EUR

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere von öffentlichen Emittenten

76.905.448

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere von anderen Emittenten

382.077.223

• In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

|                             | Forderungen gegenüber verbunde | Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen |               | ungsunternehmen |
|-----------------------------|--------------------------------|---|---------------|-----------------|
|                             | Geschäftsjahr                  | Vorjahr                                       | Geschäftsjahr | Vorjahr         |
| in EUR                      |                                |   |               |                 |
| Forderungen an Kunden (A 4) | 8.888.949                      | 9.357.996                                     | 1.944.820     | 2.287.899       |

Im Treuhandgeschäft bestanden wie im Vorjahr keine Ausleihungen aus Bundesmitteln an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

# • In folgenden Posten sind enthalten:

|  | börsenfähig   | börsennotiert | nicht börsennotiert | nicht mit dem<br>Niederstwert bewertete<br>börsenfähige Wertpapiere |
|--|---------------|---------------|---------------------|---|
| in EUR   |               |               |                     |   |
| Schuldverschreibungen und andere<br>festverzinsliche Wertpapiere (A 5) | 2.064.364.528 | 2.059.591.279 | 4.773.249           | 4.773.249   |
| Aktien und andere nicht<br>festverzinsliche Wertpapiere (A 6)          | 22.692.711    | 22.690.111    | 2.600               | -   |
| Beteiligungen (A 7)  | -             | -             | -                   | -   |
| Anteile an verbundenen Unternehmen (A 8)                               | -             | -             | -                   | -   |

# • Weitere Angaben zu den Wertpapieren

Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren entfallen 4.773.249 EUR auf Wertpapiere mit Nachrangabrede (Vorjahr 4.773.249 EUR). In Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sind nachrangige Vermögensgegenstände in Höhe von 2.648.750 EUR (Vorjahr 2.648.750 EUR) enthalten.

- In der Bilanzposition Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind Anteile an einem Wertpapierspezialfonds enthalten, der in den Vorjahren bei der SEB Investment GmbH aufgelegt wurde. Der Gesamtbuchwert beträgt 45.013.083 EUR, der Marktwert beläuft sich auf 51.808.895 EUR. Für das Geschäftsjahr erfolgten Ausschüttungen in Höhe von 1.814.824 EUR (einschl. anrechenbarer Ertragsteuern). Die Anteile können börsentäglich zurückgegeben werden. Die Bewertung erfolgt nach dem Niederstwertprinzip.
- Besitz von Kapitalanteilen in Höhe von mindestens 20 % an anderen Unternehmen:

| Name un  | nd Sitz A Gesellschaf  | Anteil am<br>ftskapital | Eigenkapital der | Gesellschaft | v    | des letzten<br>orliegenden<br>abschlusses |
|----------|--|-------------------------|------------------|--------------|------|---|
|          |  | 0/0                     | Jahr             | TEUR         | Jahr | TEUR                                      |
| Direkt   | BFS Betriebs- und Finanzwirtschaftlicher<br>Service GmbH, Köln | 100,0                   | 2010             | 9.500        | 2010 | -   |
|          | • IS Immobilienfonds 6 GbR                                     | 88,2                    | 2010             | 13.755       | 2009 | -224                                      |
| Indirekt | • IS Immobilien-Service GmbH, Köln                             | 100,0                   | 2010             | 664          | 2010 | 911                                       |
|          | AGO Betriebsges.f.Sozialeinrichtungen GmbH, K                  | öln 33,3                | 2010             | 27           | 2009 | 1.355                                     |
|          | • IM Immobilien & Management Drei GmbH, Kölr                   | 100,0                   | 2010             | 25           | 2009 | - 2                                       |
|          | • IM Immobilien & Management Fünf GmbH, Köli                   | n 100,0                 | 2010             | 25           | 2009 | 8   |
|          | BFS Abrechnungs GmbH, Hildesheim                               | 49,00                   | 2010             | 341          | 2009 | -15                                       |

Der Gewinn 2010 der BFS Betriebs- und Finanzwirtschaftlicher Service GmbH in Höhe von 3.902.998 EUR wurde im Rahmen des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages an die Bank abgeführt und ist in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten.

Alle Gesellschaften gelten als verbundene Unternehmen. Auf die Aufstellung eines Konzern-Abschlusses wird gemäß § 296 Abs. 2 HGB wegen untergeordneter Bedeutung der Tochter-Gesellschaften verzichtet.

• Die in der Bilanz ausgewiesenen Treuhandkredite und -verbindlichkeiten gliedern sich wie folgt:

in EUR

| Forderungen an Kunden                        | 174.963.095 |
|--|-------------|
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 188.898     |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden           | 174.774.197 |

In der Position werden Kredite aus Treuhandmitteln des Bundes in Höhe von 174.774.197 EUR ausgewiesen. Die Kredite aus sonstigen Programmen betragen 188.898 EUR.

• Im Aktivposten Sachanlagen sind enthalten:

in EUR

| Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten | 18.738.221 |
|---|------------|
| Betriebs- und Geschäftsausstattung                              | 5.706.735  |

• Im Posten Sonstige Vermögensgegenstände sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

| in | FI | IR |
|----|----|----|

| Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen | 3.671.260 |
|---|-----------|
| Anteile an der WGZ-Beteiligungs-GmbH & Co.KG  | 2.328.400 |
| Steuererstattungsansprüche                    | 3.012.520 |

- In den Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagiobeträge aus aufgenommenen Verbindlichkeiten einschließlich der von uns ausgegebenen Schuldverschreibungen in Höhe von 3.268.813 EUR (Vorjahr 3.520.687 EUR) enthalten.
   Bedeutendster Einzelposten ist eine Upfront-Zahlung im Zusammenhang mit einem Zinssatz-Swapgeschäft in Höhe von 231.658 EUR (Vorjahr 297.846 EUR).
- Der nicht angesetzte Überhang latenter Steuern ergibt sich aus Buchwertunterschieden zwischen der Handels- und Steuerbilanz. Die Unterschiedsbeträge basieren auf steuerlich abweichenden Risikovorsorgen, Bewertungs- und Abzinsungssätzen. Passive latente Steuern bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

• Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten haben folgende Restlaufzeiten:

|  | bis 3 Monate | mehr als 3 Monate<br>bis 1 Jahr | mehr als 1 Jahr<br>bis 5 Jahre | mehr als 5 Jahre |
|--|--------------|---------------------------------|--------------------------------|------------------|
| in EUR   |              |                                 |                                |                  |
| Verbindlichkeiten gegenüber<br>Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit<br>oder Kündigungsfrist (P 1b) | 432.281.759  | 55.185.870                      | 292.379.330                    | 808.766.371      |
| Spareinlagen gegenüber Kunden mit vereinbarter Kündigungsfrist (P 2a ab)                                 | 16.041       | 5.190.969                       | 1.437.277                      | -                |
| andere Verbindlichkeiten gegenüber<br>Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder<br>Kündigungsfrist (P 2b bb) | 592.201.352  | 460.239.720                     | 37.055.640                     | 17.497.140       |

- Von den begebenen Schuldverschreibungen (P 3a) werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr 436.848 EUR fällig.
- Für die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden Vermögensgegenstände im Wert von 3.047.943.740 EUR als Sicherheit hinterlegt. Zum Bilanzstichtag bestand eine Inanspruchnahme der zu sichernden Darlehen in Höhe von 1.358.932.669 EUR.
- Im Posten Sonstige Verbindlichkeiten sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

| in EUR                                      |           |
|---|-----------|
| Noch nicht beglichene Rechnungen            | 518.414   |
| Lohnsteuern und Sozialversicherungsbeiträge | 415.851   |
| Steuerverbindlichkeiten                     | 347.487   |
| Zinsanteile für Genussrechte                | 1.369.410 |

- In den **Passiven Rechnungsabgrenzungsposten** (P 6) sind Disagiobeträge aus Forderungen, die bei der Ausreichung in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von 8.202.029 EUR (Vorjahr 6.062.436 EUR) enthalten.
- Bei der Berechnung der **Pensionsrückstellungen** erfolgte die Abzinsung mit dem von der Deutschen Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsVO) veröffentlichten durchschnittlichen Zinssatz der letzten sieben Jahre bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren gemäß § 253 Abs. 2 HGB. Für die Bewertung zum 31.12.2010 wurde der Marktzinssatz mit Stand Oktober 2010 herangezogen. Es wurden nachstehende Parameter verwendet:

| Pensionsalter | 63 und 65 Jahre   |
|---------------|---|
| Gehaltstrend  | 2,0 %   |
| Rentendynamik | 2,0 %   |
| Zinssatz      | 5,25 % zum 1.1.2010<br>5,16 % zum 31.12.2010 (Stand Oktober 2010) |

Die Rückstellungen für Altersteilzeit wurde nach den Verlautbarungen des IDW RS HFA 3 in Verbindung mit § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB ermittelt. Als Rechnungsgrundlagen dienten die "Richttafeln 2005G" von Prof. Dr. Klaus Heubeck. Folgende Parameter wurden verwendet:

|         | chnittliche Restlaufzeit | 3,25 Jahre  |
|---------|--------------------------|---|
| Gehalts | strend                   | 2,0 %   |
| Zinssat | z                        | 4,23 % zum 1.1.2010<br>4,12 % zum 31.12.2010 (Stand Oktober 2010) |

- Verpflichtungen aus Pensionszusagen sind teilweise durch Vermögensgegenstände gesichert, die bei der Nürnberger Lebensversicherung AG angelegt sind. Die angelegten Vermögensgegenstände dienen ausschließlich der Erfüllung der Pensionsverpflichtungen und sind dem Zugriff übriger Gläubiger entzogen. Sie wurden gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB im Geschäftsjahr erstmals mit den zugrunde liegenden Verpflichtungen verrechnet. Es handelt sich um Rückdeckungsversicherungen, deren Aktivwerten in Höhe von 2.310.839 EUR Verpflichtungen in Höhe von 5.190.559 EUR gegenüberstehen. Aufwendungen von 675.632 EUR wurden mit Erträgen von 362.808 EUR verrechnet.
- Der Übergang auf BilMoG zum 1. Januar 2010 ergab für die Pensions- und Altersteilzeitverpflichtungen nachstehende Beträge und im Vergleich zu den Rückstellungen zum 31. Dezember 2009 die aufgeführten Differenzen, die im außerordentlichen Ergebnis ausgewiesen wurden:

|                            | 01.01.2010 | 31.12.2009 | Differenz |
|----------------------------|------------|------------|-----------|
| in EUR                     |            |            |           |
| Pensionsrückstellungen     | 9.848.557  | 7.111.024  | 2.737.533 |
| Altersteilzeitrückstellung | 2.261.956  | 2.108.919  | 153.037   |
| Summen                     | 12.110.513 | 9.219.943  | 2.890.570 |

Anhang

• Angaben zu Nachrangigen Verbindlichkeiten (P9)

Im Geschäftsjahr fielen Zinsaufwendungen in Höhe von 4.176.589 EUR an.

Mittelaufnahmen, die 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen, erfolgten zu folgenden Bedingungen:

| Nominalbetrag | Währung | Zinssatz | Fälligkeit |
|---------------|---------|----------|------------|
| 9.550.000     | EUR     | 4,50 %   | 20.12.2019 |
| 10.500.000    | EUR     | 4,50 %   | 15.06.2020 |

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen.

Die Nachrangigkeit ist wie folgt geregelt: Im Falle des Konkurses oder der Liquidation der Bank sind die nachrangigen Verbindlichkeiten erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen.

• Das Genussrechtskapital der Bank setzt sich wie folgt zusammen:

| in EUR        | Nennbetrag |
|---------------|------------|
| Emission 2002 | 4.000.000  |
| Emission 2005 | 22.700.000 |

• In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

|  | Verbindlichkeit gegenüber verbundenen Unternehmen |           | Verbindlichkeit gegenüber Beteiligun |           |
|--|---|-----------|--------------------------------------|-----------|
| in EUR                                   | Geschäftsjahr                                     | Vorjahr   | Geschäftsjahr                        | Vorjahr   |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2) | 9.222.809   | 3.644.700 | 5.476.738                            | 5.545.928 |

• In Bezug auf die Gesamttätigkeit der Bank sind von wesentlicher Bedeutung:

| Bilanzposition  | EUR         |
|---|-------------|
| Vermerkposten 1 unter dem Bilanzstrich: Eventualverbindlichkeiten |             |
| Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen   | 68.009.549  |
| Vermerkposten 2 unter dem Bilanzstrich: Andere Verpflichtungen    |             |
| Unwiderrufliche Kreditzusagen                                     | 486.474.084 |

- II Gewinn- und Verlustrechnung
- Sämtliche Erträge wurden im Inland erwirtschaftet.
- Aus Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung, die für die Gesamttätigkeit von wesentlicher Bedeutung sind, wurden folgende Erträge erzielt:

| in EUR                         |           |
|--------------------------------|-----------|
| Verwaltungs- / Treuhandkredite | 1.454.297 |
| Wertpapiergeschäft             | 2.733.257 |

• Wichtige Einzelbeträge, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. die Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten:

| in EUR                                      |  |           |
|---|--|-----------|
| Sonstige betriebliche Erträge (G+V 8)       | Miet- und Pachterträge                                 | 1.281.758 |
| Sonstige betriebliche Erträge (G+V 8)       | Auflösung sonstige Rückstellungen                      | 688.252   |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen (G+V 12) | Zuführung sonstige Rückstellungen                      | 191.000   |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen (G+V 12) | Zinsaufwand Pensions- und Altersteilzeitrückstellungen | 612.731   |

• Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen ausschließlich auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

# E. Sonstige Angaben

• Zum Bilanzstichtag bestanden folgende zinsbezogenen Termingeschäfte:

| Volumen im Derivatgeschäft<br>per 31.12.2010 in Mio. EUR | Nominalbetrag              |                           |                                  | beizulegender<br>Zeitwert |             |
|--|----------------------------|---------------------------|----------------------------------|---------------------------|-------------|
| Zinsbezogene Geschäfte                                   | Restlaufzeit<br>bis 1 Jahr | Restlaufzeit<br>1-5 Jahre | Restlaufzeit<br>mehr als 5 Jahre | Summe                     | negativ (-) |
| OTC Produkte<br>Zinsswaps (gleiche Währung)              | 140                        | 365                       | 310                              | 815                       | -36,3       |
| OTC Produkte<br>Forward-Darlehen                         | 42                         | 34                        | -                                | 76                        | 5,0         |

Die Zinsswaps und Forward-Darlehen wurden anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode bewertet. Hierbei werden die Zahlungsströme (cash flows) mit dem risiko- und laufzeitadäquaten Marktzins diskontiert. Dem negativen beizulegenden Zeitwert aus Zinsswaps stehen stille Reserven der abgesicherten Geschäfte gegenüber.

- Das von dem Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar beläuft sich für die Abschlussprüfungsleistungen 142.800 EUR für andere Bestätigungsleistungen 26.180 EUR
- Die Bank ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken e. V. angeschlossen. Dadurch sind die Einlagen der Kunden in vollem Umfang geschützt. Damit ist die Möglichkeit einer Garantieverbundverpflichtung verbunden, die auf das Zehnfache der mit dem Grunderhebungssatz (0,4 ‰) berechneten Garantiefondsbeiträge begrenzt ist. Die daraus resultierende Verpflichtung würde per 31.12.2010 maximal 11.076.744 EUR betragen.
  - Das für die Banken des Verbandes bestehende Garantievolumen ist zum 31.12.2010 nicht durch Ausfallbürgschaften oder Garantien belegt.
- Wesentliche Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen, die nicht zu marktüblichen Bedingungen zustande gekommen sind, waren nicht zu verzeichnen.
- Für frühere Mitglieder der Geschäftsführung und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2010 Pensionsrückstellungen in Höhe des nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelten Barwertes von 2.444.776 EUR. Für frühere Mitglieder des Aufsichtsrates bzw. Beirates bestehen solche Verpflichtungen nicht.
- Für die Mitglieder des Aufsichtsrates betrug die Jahresvergütung 106.122 EUR, für die des Beirates 5.535 EUR.
- Am Bilanzstichtag betrugen die gewährten Kredite an Organmitglieder:

| in EUR                        |            |
|-------------------------------|------------|
| Mitglieder des Vorstandes     | 145.946    |
| Mitglieder des Aufsichtsrates | -          |
| Mitglieder des Beirates       | 28.811.912 |

• Nicht in der Bilanz ausgewiesene finanzielle Verpflichtungen bestehen in Höhe von 11,1 Mio. EUR aus langfristigen Mietund Leasingverträgen. Diese betreffen überwiegend die angemieteten Geschäftsräume und wesentliche Teile der EDV-Anlage. • Die Zahl der 2010 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

|                           | Vollzeitbeschäftigte     |     | Teilzeitbeschäftigte |
|---------------------------|--------------------------|-----|----------------------|
| Kaufmännische Mitarbeiter | Prokuristen              | 4   | -                    |
|                           | Handlungsbevollmächtigte | 5   | -                    |
|                           | Angestellte              | 238 | 59                   |
|                           |                          | 247 | 59                   |
| Gewerbliche Mitarbeiter   |                          | 2   | 11                   |
|                           |                          | 249 | 70                   |

Außerdem wurden durchschnittlich 5 Auszubildende beschäftigt.

- Das **Grundkapital** ist eingeteilt in 700.000 vinkulierte Namensaktien, welches ausschließlich aus Stammaktien besteht. Mit Beschluss der Hauptversammlung am 25.7.2001 wurde das Grundkapital in Stückaktien umgewandelt. Daraus leitet sich ein errechneter Nennbetrag von 52 EUR je Aktie ab.
- Zum 31.12.2010 befinden sich keine eigenen Aktien im Bestand. Im Geschäftsjahr 2010 wurden 61 Aktien (= 0,01 % des Grundkapitals) zu 363 EUR je Stück und 1.535 Aktien (= 0,22 % des Grundkapitals) zu 419 EUR je Stück angekauft und verkauft
  - Laut Beschluss der Hauptversammlung vom 18.6.2010 ist der Vorstand ermächtigt, eigene Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels zu erwerben.
- Im Bilanzgewinn von 52.399.144 EUR ist ein Gewinnvortrag von 36.359 EUR enthalten.
- Entwicklung der Rücklagen:

|                                       | Kapitalrücklage | andere Gewinnrücklage |
|---------------------------------------|-----------------|-----------------------|
| in EUR                                |                 |                       |
| Stand per 01.01.2010                  | 43.263.228 EUR  | 93.600.000            |
| Zugang 2010 aus dem Bilanzgewinn 2009 | -               | 44.400.000            |
| Entnahmen                             | -               | -                     |
| Stand per 31.12.2010                  | 43.263.228 EUR  | 138.000.000           |

Anhang

### Name und Anschrift der Prüfungsgesellschaft

BDO AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Grüneburgweg 102 60323 Frankfurt/Main

### Mitglieder des Vorstandes

Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt, Vorsitzender,

Bankkaufmann

Dietmar Krüger, Bankkaufmann

Prof. Dr. Arnd Verleger, Bankkaufmann (bis

31.12.2010)

# Mitglieder des Aufsichtrates

Dr. Robert Batkiewicz, Vorsitzender

(seit 18.6.2010)

Stiftungsdirektor, Caritas-Stiftung Deutschland

Michael Warman, stelly. Vorsitzender

Stellv. Vorsitzender, Zentralwohlfahrtsstelle der

Juden in Deutschland e.V.

Wolfgang Altenbernd

Geschäftsführer, AWO – Arbeiterwohlfahrt,

Bezirksverband Westliches Westfalen e.V.

Christian Graf von Bassewitz

Bankier i. R.

Dr. Matthias Berger

Wirtschaftsprüfer und Steuerberater

Rainer Brückers (bis 18.6.2010)

Vorstandsmitglied, AWO - Arbeiterwohlfahrt -

Bundesverband e.V.

Klaus-Dieter Kottnik

Präsident a. D., Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e. V.

Hans-Peter Niemeier (seit 18.6.2010)

Vorstandsmitglied, AWO - Arbeiterwohlfahrt -

Bundesverband e.V.

Niko Roth

Finanz- und Personalvorstand, Deutscher

Caritasverband e.V.

Dr. Ulrich Schneider

Hauptgeschäftsführer, Der PARITÄTISCHE

Gesamtverband e.V.

Berthold Simons

Kaufm. Direktor i. R.

Dr. Wolfgang Teske (Vorsitzender bis 18.6.2010)

Vizepräsident, Diakonisches Werk der

Evangelischen Kirche in Deutschland e.V.

Prof. Dr. Manfred Willms

Bundesschatzmeister a. D.

Berlin und Köln, 31.3.2011

Bank für Sozialwirtschaft AG

Prof. Dr. Dr. Hammerschmidt

Krüger

Bank für Sozialwirtschaft Aktiengesellschaft, Berlin und Köln

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bank für Sozialwirtschaft AG, Berlin und Köln, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Bank. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Bank sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die

Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Bank und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 31. März 2011

BDO AG

 $Wirts chaft spr\"{u}fungsgesells chaft$ 

ppa. Krüper ppa. Schmidt Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

#### Zentrale

#### 50668 Köln

Wörthstraße 15-17 Telefon 0221.97356-0 Telefax 0221.97356-478 bfs@sozialbank.de

#### Geschäftsstellen

#### 10178 Berlin

Oranienburger Straße 13/14 Telefon 030.28402-0 Telefax 030.28402-367 bfsberlin@sozialbank.de

#### 01079 Dresden

Theresienstraße 29
Telefon 0351.89939-0
Telefax 0351.89939-585
bfsdresden@sozialbank.de

# 99084 Erfurt

Anger 66-73 Telefon 0361.55517-570 Telefax 0361.55517-579 bfserfurt@sozialbank.de

# 45128 Essen

Huyssenallee 15 Telefon 0201.24580-0 Telefax 0201.24580-644 bfsessen@sozialbank.de

#### 22297 Hamburg

Alsterdorfer Markt 6 Telefon 040.253326-6 Telefax 040.253326-870 bfshamburg@sozialbank.de

## 30177 Hannover

Podbielskistraße 166 Telefon 0511.3 4023-0 Telefax 0511.3 4023-523 bfshannover@sozialbank.de

#### 76135 Karlsruhe

Steinhäuserstraße 20 Telefon 0721.98134-0 Telefax 0721.98134-688 bfskarlsruhe@sozialbank.de

#### 50678 Köln

Im Zollhafen 5 (Halle 11) Telefon 0221.97356-153 Telefax 0221.97356-177 bfskoeln@sozialbank.de

#### 04109 Leipzig

Zimmerstraße 3 Telefon 0341.98286-0 Telefax 0341.98286-543 bfsleipzig@sozialbank.de

#### 39106 Magdeburg

Joseph von Frauenhofer Straße 2 Am Wissenschaftshafen Telefon 0391.59416-0 Telefax 0391.59416-539 bfsmagdeburg@sozialbank.de

#### 55116 Mainz

Rheinstraße 4 G Fort-Malakoff-Park Telefon 06131.20490-0 Telefax 06131.20490-669 bfsmainz@sozialbank.de

# 80335 München

Karlsplatz 10 (Stachus) Telefon 089.982933-0 Telefax 089.982933-629 bfsmuenchen@sozialbank.de

### Repräsentanzen

# 90402 Nürnberg

Königstraße 2 Telefon 0911.433300-0 Telefax 0911.433300-619 bfsnuernberg@sozialbank.de (ab 26. Mai 2011)

# 18055 Rostock

Strandstraße 91 Telefon 0381.1283739-0 Telefax 0381.1283739-869 bfsrostock@sozialbank.de

# 70173 Stuttgart

Königstraße 26 Telefon 0711.62902-0 Telefax 0711.62902-699 bfsstuttgart@sozialbank.de

### Europa-Büro der BFS

#### B-1040 Brüssel

Rue de Pascale 4 - 6 Telefon 0032.2280277-6 Telefax 0032.2280277-8 bfsbruessel@sozialbank.de

### BFS Service GmbH

#### 50678 Köln

Im Zollhafen 5 (Halle 11) Telefon 0221.97356-160 Telefax 0221.97356-164 bfs-service@sozialbank.de

### IS Immobilien-Service GmbH

## 50668 Köln

Wörthstraße 15-17 Telefon 0221.97356-491 Telefax 0221.97356-249 is@sozialbank.de

# BFS Abrechnungs GmbH

### 31137 Hildesheim

Lavesstraße 8
Telefon 05121.935623-0
Telefax 05121.935623-99
info@bfs-abrechnung.de

